

Deutsche Metallarbeiter-Zeitung

und
Glück=Auf.

Erscheint wöchentlich Samstags.
Abonnementspreis pro Quartal 80 Pfg.
Reichspost-Zeitungsliste Nr. 1187.

Berechnet werden
Inserate die breitespaltene Zeitspaltel oder
deren Raum mit 50 Pfg.

Organ des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes und Publikationsorgan der Allg. Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter.

Verantwortlich für die Redaktion: Joh. Scherm, Nürnberg, Dultpoldstraße 9. — Redaktion und Expedition: Nürnberg, Dultpoldstraße 9.

Inhalt: Die Metall- und Maschinenindustrie in Preußen im Jahre 1901. — Aus der Geschichte der christlichen Arbeiterbewegung. (Fortsetzung.) — Christliche Arbeiterbewegung. — Die Streiks im Jahre 1901. — Krankenversicherung in D. M. A. — Arbeitersekretariatsberichte. — Mitteilungen aus der Metallindustrie. — D. M. A.: Bekanntmachung des Vorstandes. — Mitteilung über die im Juni bei der Hauptkasseneingegangenen Verbandsgelder. — Aus den Agitationsbezirken: II. Bezirk. — Korrespondenzen. — Rundschau. — Allg. Kr.- u. St.-K.: Bekanntmachung des Vorstandes. — Bitterarisches. —

Zur Beachtung.

Zugung ist fernzuhalten:

- von Holzschmieden nach Schwelm (Gordes & Co.) St.;
 - von Feingoldschlagern nach Dresden, Leipzig, Nürnberg und Schwabach (besonders von den Werkstätten M. Büttner, Hunger, Schlipfinger);
 - von Formern und Eisengießerei-Workern nach Breslau (Eisengießerei von Cohnstädt) R.; nach Freiberg i. S. (Eisengießerei von Wilmner und Schönherr) R.; nach Weidenau b. Dresden (Kochstroh & Schneider) R.; nach Gelsenkirchen i. Westfalen (Kohlrecht & Reifer) R.;
 - von Gold- und Silberarbeitern nach München (Koschauer) D.;
 - von Rempnern nach Hamburg (H.);
 - von Metallarbeitern aller Branchen nach Girschberg i. S. (Armaturenfabrik von Heine & Seifert) R.; nach Nürnberg (W. Scherf & Co., Metallwaarenfabrik) R.; nach Paris; nach Pörsch i. S. (U. Schöne) R.; nach Eurgel (Schweiz, Metallw.-Fabr. Egloff & Co.) Str.; nach Warstein in Westfalen (Gabriel & Bergenthal);
 - von Metalldruckern nach Fürth (Metallwaarenfabrik Gasslbacher) R.;
 - von Metallschlägern nach Nürnberg. D.; nach Sedhausen (D.);
 - von Nadelarbeitern nach Chemnitz (Stricknadel-Fabr. Mag Müller) R. und M.;
 - von Schmieden nach Görtz (Wendt & Habicht) Str.;
 - von Zinggießern nach Nürnberg (W. Scherf & Co., Metallwaarenfabr.) M.
- (Die mit St. bezeichneten Orte sind Streitgebiete, welche überhaupt zu meiden sind; v. St. heißt: Streit in Aussicht; R.: Lohnbewegung; U.: Ausperrung; D.: Differenzen; M.: Maßregelung; W.: Mißstände; R.: Lohn- oder Arbeitsreduktion; S.: Einführung einer Fabrikordnung.)

Die Metall- und Maschinenindustrie in Preußen im Jahre 1901.

Die jüngst erschienenen preussischen Fabrikinspektorenberichte spiegeln in ihren verschiedenen Partien die im verflossenen Jahre eingetretene weitere Verschärfung der allgemeinen Wirtschaftslage wieder und da von der Krise die Eisen- und Metall- und Maschinenindustrie besonders empfindlich betroffen, so ist von ihr viel die Rede. Die Verhältnisse gestalteten sich im Vergleich zu 1900 folgendermaßen:

	Metallindustrie		Maschinenindustrie	
	1901	1900	1901	1900
Zahl der Betriebe . . .	7 729	7 873	5 904	5 536
" " Arbeiter . . .	255 352	264 820	398 263	385 511
" " Männlichen . . .	231 531	242 727	381 566	371 751
" " Weiblichen . . .	23 821	22 093	16 697	13 760
" " Erwachsenen . . .	228 969	237 593	374 577	363 130
" " Jugendlichen . . .	26 383	27 222	23 686	22 381

Die Metallindustrie hat demnach im Berichtsjahre eine Verminderung an Betrieben um 144 und an Arbeitern um 9448 erfahren. Die Zahl der männlichen Arbeiter ging aber um mehr zurück, als die Verminderung der gesamten Arbeiterzahl ausmacht, nämlich um 11,196 und zwar partizipieren daran die über 16 Jahre alten wie die jugendlichen Arbeiter; erstere weisen einen Rückgang um 10,076, die anderen um 1120 auf. Dabei haben aber die Knaben unter 14 Jahren eine Vermehrung von 219

auf 287 erfahren. Die Arbeiterinnen vermehrten sich im Gegensatz zu der starken Verminderung der männlichen Arbeiter um 1728, wovon 1447 auf jene im Alter von über 16 Jahren und 281 auf die Jugendlichen entfallen. Die Mädchen unter 14 Jahren zählten 1901 83 gegen 33 in 1900, so daß ihre Zahl um 50 stieg. Eine kleine Differenz besteht in der Entwicklung der Zahl der Betriebe mit erwachsenen (über 16 Jahre alten) Arbeiterinnen und mit jugendlichen Arbeitern; erstere Kategorie ging von 1219 auf 1215, um 4 zurück, die andere dagegen vermehrte sich von 4614 auf 4726, um 112.

Eine gegenüber der Metallindustrie ganz gegenwärtige Gestaltung erfuhr im Berichtsjahre die Maschinenindustrie, sie weist überraschender Weise eine Weiterentwicklung auf. Die Zahl der Betriebe stieg um 368, die der Arbeiter um 12,752 und zwar die der männlichen um 9815, der weiblichen um 2937. Die Zahl der Erwachsenen vermehrte sich um 11,447, der Jugendlichen um 1305. Dabei stieg auch die Zahl der Betriebe mit Arbeiterinnen von 472 auf 547, mit Jugendlichen von 3162 auf 3594. Dem Rückgang der Arbeiterzahl um 9448 in der Metallindustrie steht somit eine Vermehrung der Arbeiterzahl um 12,752 in der Maschinenindustrie gegenüber, so daß die Gesamtzahl der Metallarbeiter um 3304 gestiegen ist. Indessen haben alle diese Zahlen mehr gewerbestatistischer als vergleichsstatistischer Wert, da im Berichtsjahre die Motorwerkstätten der Gewerbeinspektion neu unterstellt wurden, andererseits wieder jene Betriebe aus der Statistik ausgeschlossen wurden, die nur auf Grund landesherrlicher Bestimmungen der Gewerbeaufsicht unterstellt waren.

Tatsächlich ist der Bestand der Metall- und Maschinenindustrie allgemein zurückgegangen, wie zahlreiche Einzelangaben in den Berichten erkennen lassen. So stellten in Berlin, Charlottenburg usw. die Aufsichtsbeamten durch persönliche Umfrage in 1233 Betrieben, die vorwiegend der Metall- und Maschinenindustrie angehören, fest, daß in Eisengießereien, Werkzeugmaschinen-Fabriken, Maschinenfabriken, elektro-technischen Betrieben, im Baugewerbe usw. im Oktober 1901 etwa 15,000 bis 18,000 Arbeiter, fast ausschließlich männliche, weniger beschäftigt wurden, als im Oktober 1900. Sehr empfindlich betroffen wurden besonders die Eisengießereien, in denen 39 Proz. der Arbeiter entlassen waren. Diese Angaben wurden bestätigt durch die Ermittlungen der Arbeiter- und Unternehmerorganisationen. Es wurde ferner festgestellt, daß ein Teil der Arbeitslosen außerhalb Berlins Arbeitsgelegenheit gesucht und gefunden hatte; darauf deutet der ganze auffällige und bedeutende relative Rückgang der Bevölkerungszahl von Berlin und die Erhebungen der Provinzialversicherungsanstalten Berlin und Brandenburg. Ferner hatten viele Arbeiter bei anderen Gewerben, wo eine nicht unbedeutende Zunahme stattgefunden hatte (Nahrungsmittel-, polygraph. und Instrumenten-Industrie, Straßenbahn, Hochbahn), Unterkunft gefunden, so daß im Monat November außer den durch Aufhören von Saisonarbeiten betroffenen Personen noch weitere 7500 Arbeitslustige ohne Beschäftigung waren; für diese vorwiegend sachmännlich ausgebildeten, an bessere Arbeit gewöhnten Leute war anderweitig Unterkunft schwer zu beschaffen. Diese Zahl wird bestätigt durch die Daten der Krankenversicherung für Berlin, deren Bestand an versicherten Personen vom Herbst 1900 bis Herbst 1901 sich nur um 6165 vermindert hat.

Im Breslauer Bezirk wurden allein von den

Wagenbauanstalten 650 Arbeiter entlassen. Im Allgemeinen ist es aber bis jetzt den Fabriken mit größerer Arbeiterkraft noch möglich gewesen, durch Einlegung von Feiertagen und durch Verkürzung der täglichen Arbeitsdauer die Entlassungen in bescheidenen Grenzen zu halten. Auch im Potsdamer Bezirke haben die Maschinen- und elektro-technischen Fabriken Arbeiter entlassen, während die wirtschaftliche Lage der weiterbeschäftigten Arbeiter keine günstige war, da viele Fabriken gezwungenermaßen auf Lager arbeiten lassen mußten sowie Feiertagen einlegten oder die tägliche Arbeitszeit verkürzten. Nennlich lauten die Berichte aus Hannover und Frankfurt a. O. Im Arnshberger Aufsichtsbezirke ging die Zahl der Arbeiter von 184,923 auf 182,890 zurück bei gleichzeitiger Zunahme der Betriebe von 7923 auf 8162. In Wirklichkeit ist nach dem Berichte der Rückgang der Arbeiter größer gewesen. Sehr zutreffend wird gesagt, daß die Unternehmer in ihrem eigenen wohlverstandenen Interesse eifrig bestrebt waren, eine gewisse Beständigkeit in der Arbeiterzahl aufrecht zu erhalten durch Verminderung der Arbeitszeit, wobei allerdings die betreffenden Arbeiter von der Arbeitslosigkeit verschont blieben. Im Wiesbadener Berichte werden besonders betont die Arbeiterentlassungen aus den Maschinenfabriken, in denen der Arbeiterstamm nur durch erhebliche Verkürzung der Arbeitszeit erhalten werden konnte. In einzelnen Fabriken für Spezialmaschinen und in elektro-technischen Betrieben, welche Gegenstände für Hausereinrichtungen herstellen, geht das Geschäft noch flott. Die Großbetriebe der Elektrotechnik, welche bis Ende des Jahres noch mit Aufträgen versehen waren, sehen dagegen mit wenig Vertrauen in die Zukunft.

Im Kölner Bezirke ist trotz der Neuunterstellung von Motorwerkstätten unter die Fabrikinspektion die Zahl der Arbeiter von 103,665 auf 93,507, die der männlichen Arbeiter allein von 81,914 auf 73,998 zurückgegangen. Die Verminderung der Arbeiter entfällt zum größten Teil auf die Industrie der Steine und Erden, welche durch das Darniederliegen der Eisenindustrie zu einer bedeutenden Einschränkung der Produktion an feuerfesten Steinen genötigt war. Im Gegensatz hierzu waren im Wächener Bezirke die Nadelindustrie, die Stollberger Messingwaarenfabriken und besonders die Drahtwalzwerke teilweise recht gut beschäftigt und konnten ihr Arbeiterpersonal erheblich vermehren. Im Mindener Bezirke verminderte sich die Arbeiterzahl von 51,631 auf 50,350, speziell in der Metallindustrie von 2917 auf 2213, während sie in der Maschinenindustrie (wohl hauptsächlich in Viefelsfeld) von 7430 auf 7748 stieg. In den Resselshiemden und in den Fabriken für Werkzeugmaschinen, Nähmaschinen und Fahrräder ist die tägliche Arbeitszeit vorübergehend um 1 bis 2 Stunden gekürzt worden. Der im Doppelner Bezirke verzeichnete Rückgang der Arbeiterzahl um 1354 oder 1,1 Proz. (von 116,352 auf 114,998) entfällt hauptsächlich auf die Eisenwerke. Eine im Anschluß daran mitgeteilte statistische Uebersicht über die bei den ober-schlesischen Arbeitern angeblich beliebte Säufigkeit des Stellenwechsels zeigt, daß in 6 Güttenwerken bei einem Arbeiterstande von 17,766 11,259 entlassen und 9878 neu eingestellt wurden, so daß 1381 Arbeiter arbeitslos blieben oder anderwärts unterkamen. In der Maschinenindustrie des Magdeburger Aufsichtsbezirkes wurden 1137 Arbeiter oder 6 Proz. weniger beschäftigt als 1900.

Mehrfach fanden vollständige Betriebs-einstellungen statt. So wurden im Posen-Bezirk eine große Maschinenfabrik sowie eine Mutter- und Schraubenfabrik eingestellt, so daß die Metallarbeiter um 622 sich verminderten; im Opperlener Bezirk die Röhrengießerei einer großen Eisenhütte, doch wird den entlassenen Arbeitern die Hälfte ihres früheren Lohnes als Wartegeld gezahlt. Die Jugendlichen erhalten in einer von der Fabrikleitung errichteten Fortbildungsschule Unterricht, zu dessen Besuch sie verpflichtet sind. Im Krasberger Bezirk ging ein Emailwerk ein, das sich einige Monate vorher die Bewilligung zur Beschäftigung von Arbeiterinnen an den Samstagen mit Reinigungsarbeiten verschafft hatte. Im Danziger Bezirk stellten eine Maschinenfabrik und eine Werft ihren Betrieb ein.

Einen Rückgang erfuhren auch die Akkumulatorenfabriken. Es wurden nämlich Betriebe und Arbeiter gezählt:

	1901	1900
Betriebe	31	30
Arbeiter	1890	2196
Männliche	1878	2174
Weibliche	12	22
Erwachsene	1844	2159
Jugendliche	46	37

Die Betriebe vermehrten sich demnach um 1, aber die Zahl der Arbeiter ging um 306 zurück, wovon 296 männliche und 10 weibliche, 315 erwachsene, die Zahl der jugendlichen Arbeiter vermehrte sich um 9.

Also mit wenigen Ausnahmen Verschlechterung auf der ganzen Linie, die sich auch in der Vermehrung der Zahl der Arbeiterinnen und der Zahl der Betriebe mit Arbeiterinnen und Jugendlichen offenbart. Die Wirkungen dieser Verschiebungen auf die Arbeits- und Lohnverhältnisse wie auf die gesamte Lebenshaltung werden wir in einem weiteren Artikel beleuchten.

Aus der Geschichte der christlichen Arbeiterbewegung.

(Fortsetzung statt Schluß.)

Die erste Periode der Entstehung einer christlichen Arbeiterbewegung fand ihren Abschluß mit dem Erlaß des Sozialistengesetzes, das nicht nur die Organisation der sozialdemokratischen Partei, sondern auch die selbstständigen gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiter total vernichtete. Die christlichen Arbeitervereine wurden zwar von dem Sozialistengesetz in keiner Weise bedroht, ihnen eröffnete sich, sollten und wollten sie, wie ihre Führer stets behauptet hatten, wirklich der Hebung der Lage der Arbeiter dienen, vielmehr gerade jetzt, wo die Arbeiter, jeglicher anderen Organisation beraubt, überhaupt jedes Mittel an der Hand hatten, um sich selbst zu helfen, so sollte man sich freuen, daß die Arbeitervereine eine auf Hebung der Lage der Arbeiter gerichtete Wirksamkeit? Keineswegs; sie entschloßen vielmehr nach und nach und verschwanden mit der Zeit fast gänzlich von der Bildfläche.

Wenn es noch eines weiteren Beweises bedürfte, daß es den Gründern und Leitern der christlichen Arbeitervereine nicht darum zu tun war, durch dieselben den Arbeitern die Mittel und die Möglichkeit zur Verbesserung ihrer Lage an die Hand zu geben, sondern daß sie vielmehr nur dem Zweck dienen wollten, die katholischen Arbeiter vom Anschluß an die Sozialdemokratie zu verhindern und die dem Einfluß des Zentrums und der Geistlichkeit gänzlich entrückten Gewerkschaftler dem Zentrum als allzeit folgssame Wähler zu erhalten, so dürfte dieser Beweis durch die vorstehend geschilderte Tätigkeit in unanschaulicher Weise erwacht sein.

Als man die gefährliche Sozialdemokratie vernichtet glaubte, die selbstständigen Gewerkschaften zerstört waren, da brauchte man die christliche Arbeiterbewegung nicht mehr, jung- und kluglos janz sie in sich zusammen und längere Zeit hörte man nichts mehr von ihr.

In der Mitte der 80er Jahre begannen sich von Seltsamen aus im Ruhrbezirk die evangelischen Arbeitervereine auszubilden. Es sind das Gründungen von Industriellen, die durch dieselben vor allem die evangelischen Arbeiter unter ihrer politischen Vormachtigkeit zu erhalten hofften, die Arbeiter der verschiedenen Religionsbestimmungen möglichst nachhaltig von jeder Annäherung aneinander zu hindern und sich ein Gegengewicht gegen die ihnen mächtig werdende Macht des Ultramontanismus schaffen wollten. Von da an richtete sich im Ruhrbezirk auf katholischer Seite die christliche Propaganda wieder etwas im Sinne eines Kampfes gegen das Kapital.

In der letzten Hälfte der 80er Jahre wurde die Arbeiterchaft des Ruhrbezirks mehrheitlich von den Johann- und August-Verlag, Leiter der ultramontanen „Arbeiterzeitung“ in Dortmund, und dem Zentrumsbekanntesten Söldner, als den vornehmlich nach außen hervortretenden Führern, beherrscht. Dr. Holtrop, der Geschäftsführer des Vereins für die bergmännischen Interessen des Oberbergamtsbezirks Dortmund, gibt diesen Leuten die Schuld an dem Zustand, in dem sich die christliche Arbeiterbewegung

und recht planlos begonnenen großen Ausstandes der Ruhrbergleute im Jahre 1889, der so viel Blut und Tränen, Jammer und Elend im Gefolge hatte, und für den die Bergleute, als sie zu Boden geworfen waren, so schwer büßen mußten.

Es liegt uns nichts ferner, als Dr. Holtrop bedingungslos zuzustimmen. Die eigentliche Schuld an dem Bergarbeiterausstand tragen unzweifelhaft die nimmerfertigen Grubenbarone, die durch ihre ungezügeltten Ausbeutungs- und Bedrückungspraktiken die Bergleute geradezu zur Verzweiflung und in den Streik trieben. Diese Thatsachen zu verdrängen braucht Herr Dr. Holtrop Streikheger. Das ist die altbekannte und beliebte Praxis. Daß er aber gerade die christlichen Führer als die Streikheger bezeichne, zeigt, daß er nur in einem damals einen wirklichen Einfluß auf die Arbeiterschaft des Ruhrbezirks zumißt, und darin stimmen wir ihm durchaus bei.

Eine Frucht dieses Ausstandes war die Gründung des deutschen Berg- und Hüttenarbeiter-Verbandes. Was thaten nun aber nach den so bitteren Lehren des Streikes, die doch noch überall in frischster Erinnerung waren, die christlichen Arbeiterführer? Sie gründeten sofort den Gegenverband „Glück auf“, den der christliche Kongreßbericht so kurz erwähnt!

Bei jedem Organisationsversuch der Arbeiter sehen wir stets dasselbe Spiel der Gründung eines christlichen Gegenverbandes sich wiederholen, unbeschadet der Basis, auf der die gegründete Organisation aufgebaut ist.

Als nach dem Fall des Sozialistengesetzes die gewerkschaftliche Bewegung sich wieder aufrief und bald einen mächtigen Aufschwung nahm, da erschienen auch allerorts die Herren von der christlichen Seite auf dem Plan, um Arbeiterorganisationen auf christlicher Basis zu schaffen. Im Augustinerverein, einem Verein der katholischen Presse, ließ Herr Bachem-Köln seinen Marmelade ertönen. Auf die gewerkschaftliche Bewegung aufmerksam machend erklärte er, „die Bewegung wird sich vollziehen mit uns oder gegen uns“ und forderte zur schleunigen Propagierung und Gründung christlicher Arbeiterorganisationen auf. Dem Rufe wurde Folge geleistet. Soziale Kurie, Disziplinverlust usw. wurden von christlicher Seite eingerichtet, die Möglichkeit einer einheitlichen Organisation der Arbeiter unterbunden, der Zwist und Kampf in ihren Reihen entfacht und zu heller Flamme angeblasen.

Hier beginnt die zweite Periode der christlichen Arbeiterbewegung, zunächst mit Gründung und eifriger Propagierung der unter der Leitung von Christlichen stehenden katholischen Arbeitervereine — der Präses dieser Vereine wird vom Bischof ernannt bezw. bestätigt —, die denn auch wie Pilze aus der Erde schossen. Aber die christlichen Arbeiter hatten zu diesen Vereinen nicht das rechte Zutrauen, sie waren eben schon zu sehr vom Geist der Zeit ergriffen und blieben ihnen fern, und so sah man sich denn, wenn auch mit trüerem Widerstreben, gezwungen, eine weitere Konzeßion zu machen und die Gründung christlicher Gewerkschaften geziehen zu lassen, die, wenigstens nach außen hin, nicht unter der Leitung von Geistlichen stehen, sondern von den Arbeitern selbst geleitet werden. Mit welchem heftigen Widerstreben man diese Gründungen, als das kleinere Übel, erträgt, zeigen deutlich genug die heftigen Angriffe, die von hervortretenden Zentrumsleuten und zum Teil auch von der Zentrumspresse und der Geistlichkeit gegen die christlichen Gewerkschaften gerichtet wurden und noch beständig gerichtet werden. Diese Leute glauben, daß es möglich gewesen wäre, die christlichen Arbeiter mit geringeren Konzeßionen vor der Gefahr der Anfechtung durch den modernen Geist der Zeit zu bewahren. Die Verhinderung der Arbeiter durch die Gründung christlicher Organisationen genügt ihnen nicht, sie wünschen letztere in einer Form und auf einer Basis, daß sie den Arbeitern auch nicht die geringste Vertretung ihrer wirtschaftlichen Interessen ermöglicht.

Die zweite Periode der Entwicklung der christlichen Arbeiterbewegung vollzieht sich durchgängig analog der Entwicklung der ersten Periode. Hier wie dort sieht man unter den fädelichen Begründungen ein, als der wirtschaftliche Zusammenbruch der Arbeiter von anderer Seite wirksam in die Wege geleitet und erfolgreich propagiert war; hier wie dort beruht man die christlichen Arbeiterorganisationen zunächst nicht nur zur Verhinderung eines Zusammenstoßes aller Arbeiter zur Wahrung ihrer wirtschaftlichen Interessen, sondern auch zur unerhörtesten Verhegung der Arbeiter untereinander. Hier wie dort sieht man in Folge dessen das alte Streben, das gewalttätige Zurückdrängen der christlichen vorwärts strebenden Elemente, dieselbe ununterbrochene, dieselben unter Anwendung der schärfsten Mittel und wirksamsten Beschränkungen und persönlichen Verunglimpfungen geführten Kämpfe; dieselbe Halbheit der einzelnen hin- und herschauenden Elemente. Für alles Dies bietet die Geschichte der zweiten Periode der Entwicklung der christlichen Arbeiterbewegung, namentlich aber die Geschichte des Gewerkschafts christlicher Bergleute, der größten und lebensfähigsten der christlichsten Arbeiterorganisationen, zahlreiche Beispiele.

Heute wie damals fehlt der christlichen Arbeiterbewegung ein festes Programm. Auch heute beweisen die christlichen Agitatoren, gerade so wie in der ersten Periode, zunächst in beredten Worten die unerläßliche Notwendigkeit des Zusammenstoßes der gesammten Arbeiterschaft zur Hebung ihrer wirtschaftlichen Lage, um ihnen dann zum Schluß den Rath zu geben: Eni z weit E uch, trennt E uch nach religiösen und politischen Ansichten und nach Eurer Weltanschauung!

In Einem aber unterscheidet sich die zweite Periode der christlichen Arbeiterbewegung von der ersten; ihr fehlen bis heute gänzlich die Männer, die, getragen von innerer Ueberzeugung, mit Ernst, Umsicht und Entschiedenheit für dieselbe eintreten und es wagen, den „maßgebenden Stellen“, den eigentlichen hinter den Kulissen befindlichen Leitern der christlichen Arbeiterbewegung, unter Umständen den Gehorsam zu kündigen und den eigenen Weg zu gehen. Magt sich heute einmal in der christlichen Arbeiterbewegung eine Person, die etwas Einfluß besitzt, zu weit vor, was übrigens selten vorkommt, so ist es bisher, nur bei in Frage kommende ein junger Geistlicher, falls eine Vertretung nicht fruchtbar, noch immer gelungen, durch eine entsprechende Verlesung des Wortes wiederher-

zum Schweigen zu bringen und ihn kalt zu stellen. Bei einem Laien, den einmal Rebellionsgelüste anwandeln, hat der kalte Wasserstrahl von maßgebender Stelle seine Wirkung auch nie verfehlt.

Mit der Gefahr der Gründung einer eigenen christlich-sozialen Partei seitens der katholischen Arbeiter, wie sie in der ersten Periode der Entwicklung der christlichen Arbeiterbewegung vorlag, braucht das Zentrum, zur Zeit wenigstens, nicht zu rechnen. Wie lange es freilich noch gelingen wird, die fortgeschrittenen christlichen Arbeiter, die doch schließlich zu der Erkenntnis kommen müssen, welches Spiel man mit ihnen treibt, an die Zentrumsfahne zu fesseln, ist eine andere Frage.

Nichts ist aber wohl so dazu angethan und geeignet, zu zeigen, wie wenig sichhaltig die von christlicher Seite vorgebrachten „Gründe“ für die Nothwendigkeit der Gründung christlicher Gewerkschaften sind, als die Geschichte der christlichen Arbeiterbewegung. Es ist daher auch sehr erklärlich, daß der Kongreßbericht der christlichen Gewerkschaften die Geschichte der christlichen Arbeiterbewegung so kurz zusammenfaßt; ihre auswärtliche und wahrheitsgetreue Darstellung läßt sich eben eher zu allem Anderen als zur Propaganda für die christliche Arbeiterbewegung verwenden. (Schluß folgt.)

Christliche Arbeiterbewegung.

Die Schwäche und verhältnismäßige Bedeutungslosigkeit der christlichen Gewerkschaften tritt in den zu ihren Generalversammlungen erstatteten Berichten ziffernmäßig zu Tage. Der christliche Holzarbeiter-Verband, der im Jahre 1899 gegründet wurde, hielt Ende Mai seine erste Generalversammlung in Köln ab. Der Bericht umfaßt die Zeit vom 1. Juni 1900 bis 31. März 1902, also 22 Monate. Nach diesem Bericht zählt der Verband 4022 Mitglieder, die sich auf 96 Zahlstellen verteilen. Im Durchschnitt kommen also auf jede Zahlstelle zirka 42 Mitglieder. Eine Bekanntgabe der Mitgliederzahl der einzelnen Zahlstellen erfolgte nicht, da man den Gegnern die Schwäche derselben nicht zeigen wollte. Aufgenommen wurden in der Berichtszeit 4530 Mitglieder; seit Gründung des Verbandes sind 2380 Mitglieder wieder verloren gegangen. Das Verbandsorgan erscheint in 5600 Exemplaren. Nach dem Massenbericht betragen die Einnahmen 36,932,31 M., die Ausgaben 30,628,13 M. Der Massenbestand der Hauptklasse betrug am 1. April 1902 die Summe von 6304,18 M., der Bestand in den Zahlstellen 3983,87 M. Das Gesamtvermögen beträgt 10,288 Mark. Beschlossen wurde die Gründung einer eigenen Krankenkasse innerhalb des Verbandes mit 3 Klassen, mit 15, 25 und 40 Pfg. Wochenbeitrag und einer Krankentherapie von 4,70, 7,00 und 11,70 M. pro Woche. Die Aufnahmegebühr für den Verband wird mit dem 1. Juli ds. Js. von 80 auf 40 Pfg., der wöchentliche Beitrag von 15 auf 20 Pfg. erhöht. Der Sitz des Verbandes wird mit dem 1. Januar 1903 nach Köln verlegt.

Der christliche Verband der Zigarren- und Tabalarbeiter Deutschlands hielt seine Generalversammlung in Krefeld ab. Nach dem Geschäftsbericht ist die Mitgliederzahl, die 900 beträgt, zurückgegangen. Die Ursache des Rückganges der Mitgliederzahl erblickt der Bericht in der schlechten wirtschaftlichen Konjunktur und in der Erhöhung der Beiträge. Die Jahreseinnahme betrug 4331,89 M., die Ausgabe 4377,94 M. Während der Ausperrung der christlichen Verbandsmitglieder in Kaldenkirchen durch die nicht minder christlichen Fabrikanten wurden insgesamt 16,234,08 M. Unterstützung ausbezahlt. Beschlossen wurde, den Mitgliedern aus der Verbandskasse ein Sterbegeld zu gewähren, das nach zweijähriger Mitgliedschaft für männliche Mitglieder 20 M. beträgt und für jedes weitere Jahr der Mitgliedschaft um den Betrag von 3 M., bis zum Höchstbetrage von 50 M., steigt; für weibliche Mitglieder soll das Sterbegeld nach zweijähriger Mitgliedschaft 15 M. betragen, für jedes weitere Jahr der Mitgliedschaft um den Betrag von 2 M. steigend, bis zum Höchstbetrage von 35 M.

Der christliche Verband der Uhren-Industriearbeiter des Schwarzwaldes hielt seine Generalversammlung in Schwetzingen ab. Der Jahresbericht klagt über den großen Rückgang der Mitgliederzahl, die von 560 im ersten Quartal 1901 auf 331 gesunken ist. Der Massenbericht weist eine Einnahme von 1463,65 Mark, eine Ausgabe von 1025,62 M. auf. Das Gesamtvermögen beträgt insgesamt 631,82 M. Beschlossen wurde, das Eintrittsgeld von 20 auf 50 Pfg. zu erhöhen. Es wurde der Beschäftigung Ausdruck gegeben, daß ein weiterer Rückgang der Mitglieder zu erwarten sei.

Nicht viel anders als in diesen dürfte es auch — mit Ausnahme etwa der Textil- und der Bergarbeiter — in den übrigen christlichen Gewerkschaften ausfallen. Die hochgepannten Hoffnungen der Herren von der christlichen Seite, die in dem stolzen Worte ausklangen: „Den christlichen Gewerkschaften gehöre die Zukunft“, sind gänzlich herabgedrückt worden. Darüber, daß derartige Vereinen und Verbänden, selbst das beste und ehelichste Wollen vorausgesetzt, etwas Positives für die Arbeiterschaft zu leisten absolut nicht im Stande sind, dürfte wohl kein Denker im Zweifel sein. Während also einerseits die christliche Organisationspielerei nur eine Kraft-, Zeit- und Geldvergeudung darstellt, ist sie andererseits durch die Zerrissenheit, die durch sie in die Arbeiterschaft getragen wird, den Bestrebungen der Arbeiter zur Verbesserung ihrer Lage direkt hinderlich und schädlich und darf daher unferterseits keinen Augenblick aus den Augen verloren werden.

Die katholischen Arbeitervereine der Diözese, in denen es gefährdet die Mitgliedsmandate des Zentrums gibt, werden jetzt gegen die von Berlin aus geleiteten und besonders von Arier aus unterstützten Versuche zur Gründung katholischer Gewerkschaften ins Feld geführt. Der Delegirtenkongreß der katholischen Arbeitervereine der Erzdiözese Köln, der am 15. Juni in Krefeld stattfand, nahm folgende Resolution an: Der Delegirtenkongreß der katholischen Arbeitervereine der Erzdiözese Köln erklärt gegenüber den

in jüngster Zeit aufgetretenen Bestrebungen zur Gründung katholischer Gewerkschaften: 1) daß er nach wie vor an den Beschlüssen des Delegiertentages zu Essen festhält, nach welchem Gewerkschaften auf christlicher interkonfessioneller und unpolitischer Grundlage das beste Mittel zur Erreichung einer starken, leistungsfähigen Standesorganisation für die christlichen Arbeiter sind; 2) daß die bisherige Entwicklung der christlichen Gewerkschaften keine Veranlassung gibt, eine andere Stellung einzunehmen, vielmehr die katholischen Arbeiter dringend aufgefordert werden müssen, noch mehr als bisher die christlichen Gewerkschaften zu unterstützen und sich durch praktische Mitarbeit an der Lösung der gewerkschaftlichen Aufgabe zu betätigen."

Ähnliche ResOLUTIONEN wurden in einer Anzahl anderer katholischer Arbeitervereine angenommen. Besonders Genügend ist diesen Resolutionen nicht beizulegen, sie bringen auch keineswegs die tatsächliche Stimmung dieser Kreise zu Ausdruck. Die katholischen Arbeitervereine, die an manchen Orten zum überwiegenden Teile aus kleinen Handwerksmeistern, Beamten, Geschäftsleuten usw. bestehen, die aber überall unter Leitung eines Geistlichen stehen und in denen die Arbeiter nirgends etwas zu sagen haben, sind die festen Stützen der Zentrumspartei; sie werden stets und überall die Resolution ohne Widerspruch annehmen, die ihnen der Präses vorlegt, und die von diesem den Interessen der Zentrumspartei des Ortes oder Kreises entsprechend abgefaßt ist. Tatsächlich werden die Sympathie-Resolutionen für die interkonfessionellen Gewerkschaften nur von den katholischen Arbeitervereinen solcher Bezirke gefaßt, in denen es durch die Sozialdemokratie gefährdete Reichstagswahlkreise gibt; wo dies nicht der Fall, da ist die Stellung der katholischen Arbeitervereine auch eine wesentlich andere.

Der Streit, ob interkonfessionelle oder katholische Gewerkschaften, nimmt, wenn er auch angeblich etwas von der Oberfläche verschwinden ist, seinen ungestörten Fortgang. Diese ständigen Streitigkeiten in der christlichen Arbeiterbewegung machen die christlichen Organisationen noch ohnmächtiger als sie es ohnehin schon sind.

Die Streiks im Jahre 1901.

Nach einer Zusammenstellung der Generalkommission, die im Correspondenzblatt veröffentlicht wird, waren im Jahre 1901 insgesamt 725 Streiks mit 48,522 Beteiligten, 3283 Wochen Dauer und 2,515,888 Mk. Streiklosten zu verzeichnen. Die Metallarbeiter waren dabei beteiligt mit 70 Streiks, 2906 Beteiligten, 1694 Tage Dauer und 167,074 Mk. Streiklosten. Erfolgreich von diesen 70 Streiks waren 13, theilweise erfolgreich 12, erfolglos 25, von 13 blieb der Ausgang unbekannt und 7 waren am 1. Januar 1902 noch nicht beendet. Angriffstreiks waren insgesamt 291 mit 22,771 Beteiligten, 1064 Tage Dauer und 1,153,570 Mark Kosten. Die Streiks waren insgesamt 291 mit 22,761 Beteiligten, und 13,972 Mk. Kosten. Sie verlangten 5 Mal Lohnerhöhung, 1 Mal Verkürzung der Arbeitszeit und Lohnhöhung, 1 Mal Vereinfachung mißliebiger Personen und 1 Mal waren andere Ursachen Anlaß zum Angriffstreik. Erfolgreich von diesen 8 Angriffstreiks waren 2, theilweise erfolgreich 4 und 2 erfolglos.

An den 436 Abwehrstreiks und Aussperrungen mit 25,761 Beteiligten und 1,342,413 Mk. Kosten waren die Metallarbeiter beteiligt in 62 Fällen mit 2431 Beteiligten und 153,102 Mk. Kosten. Erfolgreich von diesen 62 Abwehrstreiks waren 11, theilweise erfolgreich 8, erfolglos 23, unbekannt blieb der Ausgang bei 13 und nicht beendet am Schlusse des Jahres 1901 waren 7.

Unter den Streikenden befanden sich 3326 weibliche Personen. Von den Streiks waren 267 = 36,8 Prozent erfolgreich, 171 = 23,6 Prozent theilweise erfolgreich und 237 = 32,6 Prozent erfolglos, während bei 30 Streiks der Ausgang nicht bekannt war und 18 Streiks am 1. Januar 1902 nicht beendet waren. Das Jahr 1900 wies 44,1 Prozent erfolgreiche, 25,3 Prozent theilweise erfolgreiche und 25,5 Prozent erfolglose Streiks auf. Der Ausgang der Streiks hat sich mithin wesentlich zu Ungunsten der Arbeiter verschoben, eine Erscheinung, die als Folge der ungünstigen Wirtschaftslage anzusehen ist. Über auch in der Art der Streiks kommt die ungünstige Geschäftslage klar zur Erscheinung. Von den Streiks waren 291 = 40 Proz. Angriffstreiks und 436 = 60 Proz. Abwehrstreiks. Im Jahre 1900 war das Prozenzverhältnis genau umgekehrt, obgleich auch schon in diesem Jahre der wirtschaftliche Niedergang sich deutlich fühlbar machte.

Erfolgreich waren 109 = 37,5 Proz. der Angriffstreiks und 158 = 36,2 Proz. der Abwehrstreiks; während von den ersteren 92 = 31,6 Proz. theilweise erfolgreich waren, konnten von den Abwehrstreiks nur 79 = 18,1 Prozent mit theilweisem Erfolg beendet werden und 153 = 35,1 Proz. waren erfolglos. Dagegen endeten von den Angriffstreiks nur 84 = 23,9 Proz. ohne Erfolg. Im Jahre vorher stellte sich das Ergebnis der Abwehrstreiks wie der Angriffstreiks für die Arbeiter günstig dar, denn es wurden 41,4 Proz. der Abwehrstreiks und 46,1 Proz. der Angriffstreiks mit vollem Erfolge beendet. Den größten Antheil an der Streikbewegung im Jahre 1901 hatten die Maurer mit 158 Streiks und 9278 Beteiligten.

Der im Jahre 1900 zum ersten Male gemachte Versuch, auch den Verlust an Arbeitszeit und Arbeitsverdienst der Streikenden festzustellen, ist für 1901 günstiger ausgefallen, als dies für 1900 der Fall war. Bezüglich des letzten Jahres konnten diesbezügliche Angaben nur für 608 von 952 Streiks und für 62,273 von 115,711 Streikenden gemacht werden. Für 1901 aber liegen Angaben für 604 von 727 Streiks und für 33,913 von 48,522 Streikenden vor. Die männlichen Streikenden hatten einen Verlust an Arbeitszeit von 1,057,297, die weiblichen von 137,256 Tagen. Der Verlust an Arbeitsverdienst belief sich für diese Streikenden auf 3,997,082 Mk.

Die Mehrzahl der Streiks im Jahre 1901 wurde zur Abwehr von Lohnherabsetzungen geführt und zwar in 26 Bezirken 213 Streiks mit 8533 Beteiligten. Erfolgreich waren von diesen Streiks 30 = 37,7 Proz. Es hatten

vollen Erfolg 2220, theilweisen Erfolg 2283 der Beteiligten. Um Lohnherabsetzung wurden in 28 Bezirken 127 Streiks mit 11,323 Beteiligten, wobei 4127 vollen und 3705 theilweisen Erfolg erzielten, durchgeführt. Von diesen Streiks waren 55 = 43,3 Proz. erfolgreich. In 25 Bezirken wurde in 108 Fällen mit 6316 Beteiligten um Verkürzung der Arbeitszeit und Lohnherabsetzung gestreift. Hierbei hatten 1815 Beteiligte vollen und 3180 theilweisen Erfolg, 37 dieser Streiks = 84,3 Proz. waren erfolgreich. 95 Streiks mit 6901 Beteiligten entstanden infolge verschiedener Forderungen und Ursachen und 60 Streiks mit 2813 Beteiligten wegen Maßregelung. Bei den ersteren hatten 895 Beteiligte vollen und 566 theilweisen Erfolg. 35 Aussperrungen mit 8460 Beteiligten waren zu verzeichnen, von denen 25,7 Proz. zu Gunsten der Arbeiter endeten. 2966 der dabei Beteiligten hatten vollen, 4185 theilweisen Erfolg. Ferner wurde in 21 Fällen mit 764 Beteiligten wegen Nichtinnehaltung der allgemein üblichen Arbeitsbedingungen, in 19 Fällen von 1235 Personen zur Abwehr einer Verlängerung der Arbeitszeit, in 15 Fällen von 289 Beteiligten um Vereinfachung mißliebiger Personen, in 15 Fällen von 1230 Personen wegen Austritts aus der Organisation, in 7 Fällen von 168 Personen wegen schlechter Behandlung, in 6 Fällen mit 275 Beteiligten wegen der Fabrikordnung und in 5 Fällen von 138 Personen um Verkürzung der Arbeitszeit gestreift.

Von den 45,196 männlichen Streikenden waren 36,098 organisiert und waren davon 25,233 seit mindestens sechs Monaten vor Beginn des Streiks Mitglieder der Organisation. Von den 3326 weiblichen Streikenden waren 1151, davon 542 seit mindestens sechs Monaten, vor Beginn des Streiks organisiert. Da die Angaben nicht vollständig sind, so lassen sich Vergleiche mit dem Vorjahre nicht ziehen, resp. läßt sich nicht feststellen, ob die Organisationszugehörigkeit bei den Streikenden prozentual sich anders stellte, als im Vorjahre. 4237 männliche und 417 weibliche Streikende waren noch nicht 21 Jahre alt. Es fehlt hier die Angabe für 5925 von den 48,522 Streikenden. Verheirathet waren 22,399 männliche und 1067 weibliche Streikende. Die Streikenden hatten insgesamt 43,518 Kinder unter 14 Jahren zu ernähren. Es fehlt bezüglich des Familienstandes die Angabe für 6013 Streikende, bezüglich der Kinderzahl die Angabe für 56 verheirathete Streikende. Diese nicht vollständigen Angaben sind aber völlig ausreichend, um die Behauptung zu widerlegen, daß die Streiks von jugendlichen Arbeitern inszeniert werden. Es sind im Gegentheile an den Streiks überwiegend alte und erfahrene Arbeiter beteiligt, die nur dann zum äußersten Mittel greifen, wenn alle gütlichen Versuche scheitern, ihr Recht zu erhalten.

Die 70 Streiks der Metallarbeiter erstreckten sich auf 129 Betriebe mit 5089 Arbeitern, von denen sich 2906 an den Streiks beteiligten. Von den Streikenden gehörten 1900 der Organisation an. Unter 21 Jahre alt waren 269, verheirathet waren 376, die 1657 Kinder unter 14 Jahren hatten.

Die Arbeiter haben im letzten Jahre in 679 Fällen versucht, eine Einigung zu erzielen, ehe sie zum Streik griffen, und 841 mal ist bei den verschiedenen Streiks versucht worden, den Kampf durch eine Verständigung beizulegen. Diese Versuche wurden aber 325 mal mindestens von den Unternehmern abgewiesen.

Von den Streiks, welche schließlich durch einen Vergleich beigelegt wurden, endeten 303 durch Verständigung zwischen den direkt Beteiligten. In 126 Fällen erfolgte der Vergleich durch Vermittlung des Vorstandes oder der Lokalverwaltung der Organisation am Streikorte, in 33 Fällen vor dem Gewerbegericht und in 15 Fällen durch Vermittlung dritter Personen.

Aus den Ergebnissen der Streikstatistik ist sodann noch von Interesse die Aufbringung der finanziellen Mittel für die Streiks. Von der Gesamtausgabe von 2,515,888 Mark wurden den Kassen der an den Streiks beteiligten Organisationen 1,734,491 Mk. entnommen. 370,088 Mk. kamen aus freiwilligen Beiträgen der Mitglieder, 31,568 Mark durch Sammlungen und 238,779 Mk. durch Beiträge anderer Gewerkschaften ein. Aus dem Auslande wurden zur Unterstützung der Streiks 103,306 Mk. gesandt. Hier von entfallen 99,029 Mk. auf die Glasarbeiter, 2038 Mk. auf die Kupferfärber und 1403 Mk. auf die Tabakarbeiter. In den anderen Gewerben war die Forderung der Hilfe des Auslandes nicht erforderlich, denn in den weiteren 8 Fällen, in denen Gelder vom Auslande kamen, insgesamt 836 Mk., kam es sich bei der Geringfügigkeit der Summe nur um eine gelegentliche Ueberweisung, nichts aber um eine regelrechte Unterstützung handeln.

Von den 70 Streiks der Metallarbeiter waren nur 54 vom Vorstand genehmigt. Vor Beginn der Streiks war seitens der Metallarbeiter in 56 Fällen der Versuch zur Einigung gemacht, und während der Streiks wurde derselbe Versuch in 48 Fällen gemacht. Die angebotenen Unterhandlungen wurden von den Unternehmern in 7 Fällen abgelehnt. Beigelegt wurden die Streiks der Metallarbeiter durch einen direkten Vergleich der Parteien in 15 Fällen, durch Vermittlung des Vorstandes in 11 Fällen, vor dem Gewerbegericht in 4 Fällen.

Wie aus den gegebenen Zahlen hervorgeht, war der Erfolg der Streiks für die Arbeiter kein besonders günstiger. Die meisten Streiks wurden in der Abwehr geführt, und da erzielte sich eben in der Zeit der wirtschaftlichen Krise das Unternehmertum als der stärkere Theil. Sind die gewerkschaftlichen Organisationen stärker geworden und ist in ihnen ein noch stärkerer Zug wie heute, dann wird auch die Zeit kommen, wo die Gewerkschaften während der Krise erfolgreich Verschlechterungen der Arbeitsverhältnisse abwehren können. Wir schließen uns dem Schlußsatz des Bearbeiters der Streikstatistik, des Genossen Legien an, der sagt:

„Ist das Verlorengehen auch mit einem Streik lebhaft zu bedauern, aber deswegen zu jagen und zu klagen, weil in den Jahren unglücklicher Konjunktur die Arbeiter weniger Erfolg bei den Kämpfen erzielen, liegt kein Grund vor. Wir wollen die Lehren, welche die Statistik uns hierüber beibringt, und unsere Kampfweise dementsprechend gestalten, aber auch nicht das Geringste

von dem Vertrauen in die Gerechtigkeit und den endgültigen Erfolg unseres Strebens aufgeben.

Krankenversicherung im Deutschen Metallarbeiterverband.

Durch die Beschlüsse der letzten Generalversammlung der Krankenkasse der Metallarbeiter ist die Frage der Errichtung einer den Bedürfnissen entsprechenden und über ganz Deutschland sich erstreckenden Krankenkasse für den Verband brennender geworden. Es ist zwar weniger der ablehnende Beschluß über den Antrag, „die Vorstandsmitglieder der Krankenkasse und des Verbandes mögen Beratungen pflegen, in welcher Weise am geeignetsten eine Verschmelzung der beiden Organisationen in die Wege geleitet werden könne,“ der die Gemüther aufregen wird. Wohl aber gewinnt der Beschluß betreffs der Doppel- resp. fogenannten Ueberversicherung dazu, daß entweder der Verband an die Errichtung einer weniger rückständigen Krankenkasse geht, oder daß, was wir für verfehlt halten würden, die größeren Industriezentren dem Beispiele Magdeburgs folgen und Lokalassen errichten werden.

Schreiber dieses, der in Gemeinschaft mit dem Kollegen Huber den Antrag betreffs einer Verschmelzung beider Organisationen in der Früherversammlung zu Nürnberg stellte, ist über die Ablehnung seines Antrages durchaus nicht böse, ebensowenig Kollegen Huber. Wir theilen nicht den Standpunkt des Kollegen Schließe, daß die gesetzlichen und statutarischen Bestimmungen derart sind, daß eine Verschmelzung absolut ausgeschlossen ist. Bei gutem Willen wäre auch der Weg gefunden worden, auf den beide Organisationen sich hätten vereinigen können zu beiderseitigem Vortheil. Daß diese Verschmelzung nicht zu Stande kam, wird angesichts des Beschlusses über die Doppel- und Ueberversicherung von den Verbandsmitgliedern kaum bedauert werden. Durch den Beschluß über die Doppel- und Ueberversicherung sind Hunderte von ehrlichen Arbeitern um ihre erwartete Rothpfeilige gebracht. Eine große Anzahl der besten Kollegen ist gezwungen, entweder aus der Kasse auszutreten oder auf die Gefahr eines eventuellen Ausschusses aus der Kasse die Verpflichtungen des § 7 Abs. 9 zu umgehen. Selbst wenn es gelang, diese Bestimmungen auf der nächsten Generalversammlung wieder rückgängig zu machen, so ist das Vertrauen zu dieser Kasse doch verloren. Diese Maßnahmen werden auch die Kasse selbst schwer schädigen, es wird der Zufluß von jungen Elementen abgehen.

Angeichts dieser Sachlage dürfte es für den Verband die geeignetste Zeit sein, die Einführung eines Krankenzuschusses erwägen zu beraten. Bereits hat sich die Abg. Zählstelle zu Nürnberg für die Einführung eines Krankenzuschusses im Verband ausgesprochen und den Hauptvorstand eruchtet, eine diesbezügliche Vorlage auszuarbeiten. (Siehe Nr. 16 unseres Verbandsorgans unter „Nürnberg“.)

Für die Einführung eines Krankenzuschusses im Verband sprechen eine Reihe wichtiger Faktoren. Ohne die Frage erschöpfend zu behandeln sei folgendes angeführt: Der deutsche Metallarbeiterverband ist in erster Linie eine Kampfesorganisation. Schwere Kämpfe stehen ihr noch bevor. Unterliegen die Arbeiter, so gilt das Wort: „Besiegte doppelt.“ Monate lang, ja unter Umständen auf Jahre werden einzelne Kollegen ausgesperrt und sind gezwungen, den Ort ihrer bisherigen Thätigkeit zu verlassen. Der Verband hat die Aufgabe, für diese Kollegen eine Krankenkasse zu errichten, die sich über ganz Deutschland erstreckt, damit sie, wenn sie im besagten Falle erkranken, wenigstens vor der größten Noth geschützt sind.

Durch die Einführung eines obligatorischen Krankenzuschusses dürften auch die Mitglieder dazu erzogen werden, sich frühzeitig gegen Krankheit gemindert zu versichern. Wie uns aus langjähriger Praxis bekannt ist, sind der größte Theil der nach § 2c veranschlagten Gelder Rothunterstützungen, die durch mangelhafte Krankensicherung verursacht wurden. In dem verfloffenen Jahre wurden insgesamt 56,685,58 Mk. für Unterstützung nach § 2c verausgabt. Eine wesentliche Verminderung dieser Ausgabe kann dem Verbands nur erwünscht sein.

Daß durch Gewährung von Krankengeldzuschuß die Fluktuation noch weiter vermindert, daß die Disziplin bei wirtschaftlichen Kämpfen gestärkt wird, sei nur nebenbei bemerkt. Der Verband mit der Errichtung einer Krankenkasse ist in der Lage, weit wirksamer, wie dies o h n e Gewährung von Krankengeld der Fall ist, seinen sich in § 2 gestellten Aufgaben gerecht zu werden. Die Kenntniß von der Zahl und der Art der Erkrankungen in bestimmten Betrieben ermöglicht es dann dem Verbands, hier wirkfam vorzugehen.

So ließe sich die Liste der Vortheile, die dem Verbands durch die Einführung eines Krankenzuschusses erwachsen, noch weiter fortführen. Allein wir wollen heute diese Frage noch nicht erschöpfend behandeln, sondern zunächst nur anregend wirken. Wir halten es für das Zweckmäßigste, wenn der Hauptvorstand dem Verlangen der Nürnberger Kollegen Rechnung trägt und in thunlichster Weise eine die Krankenversicherung betreffende Vorlage auszuarbeitet und sie im Verbandsorgan veröffentlicht. In der Diskussion darüber und an der Kritik wird es dann nicht fehlen. Die Verwaltung und die Einführung einer Krankenversicherung ist eine der würdigsten Aufgaben, die die nächste Generalversammlung zu Berlin zu erledigen haben wird.

Nürnberg. Georg Köffing.

Arbeitssekretariatsberichte.

(Schluß.)
Der Bericht des Arbeitssekretariats Frankfurt a. M. für 1901, der dritte seiner Art, umfaßt 124 Seiten. Das Frankfurter Sekretariat hatte in dem angegebenen Zeitraum eine Frequenz von 24,247 Personen, die praktische Forderungnahme, die bisher einem Arbeitersekretariat zu Theil wurde. Auch dieser Bericht führt viele

F. ... 20. 1. 143

Beispiele ins Feld, die Zeugnis ablegen von der Mißachtung der Arbeiterfahrgesetzgebung durch die Unternehmer.

„Die Metallarbeiter“, so sagt der Frankfurter Bericht, „haben unter der geschäftlichen Ungunst ganz besonders zu leiden. Arbeiterentlassungen, Arbeitszeitverkürzungen und Lohnreduzierungen sind an der Tagesordnung. So auch wiederholte Herabminderungen der Arbeitslöhne bei der Frankfurter Maschinenfabrik-Actiengesellschaft v. m. Schradler u. Mübiger während des Frühjahrs. Ihnen folgte dann im Juni ein neuer besonders kräftiger Vorstoß, indem den Monteuren das Ruhen der von ihnen gebauten Maschinen aufgegeben wurde, ohne dieselben für diese seither im Tagelohne geleistete Arbeit, die je nach der Größe der Maschine bis zu 20 Arbeitsstunden beanspruchte, besonders zu entschädigen. Also eine erhebliche Mehrleistung an Arbeit ohne Gegenleistung an Lohn. Wiederholte Verhandlungen der von den Arbeitern gewählten Lohnkommission unter Hinzuziehung der Vertrauensleute der Metallarbeiter, Hornemann und Plehwe, sowie schließlich des Gewerkschaftssekretärs waren völlig resultatlos. Bei dem am 26. Juni stattgehabten Vermittlungsversuch, in dem Herr Schradler die Erklärung der Schloffer übermittelte, daß sie in diese Neubelastung nicht willigen könnten, beauftragte Herr Schradler den anwesenden Meister Dölling, unter diesen Umständen anderen Tages die Fabrik geschlossen zu halten und keinem Arbeiter Einlaß zu gewähren. Durch diesen Nachdruck wurden über 100 Arbeiter hantlos, da Kündigung in diesem Betriebe ausgeschlossen ist.“

Vom beiden Parteien wurde das Gewerbegericht als Einigungsamt angerufen, doch scheiterten auch hierbei am Mangel jeglichen Entgegenkommens seitens der Firma alle Verständigungsversuche.

Die Firma war sich angesichts der brüderlichen Geschäftslage ihrer Überlegenheit über die Arbeiter nur zu bewußt, und in Würdigung dieses Umstandes beschlossen die Arbeiter schließlich, die Arbeit am 11. Juli ohne Kompensationen wieder aufzunehmen.

Bei Gebr. Hofmann-Oberrad (Fabrik für Eisenkonstruktionen) sollte auf Verlangen der Arbeiter ein des Vorgesetzten verdächtiger Kollege entlassen werden. Die Verzögerung dieses Annehmens seitens der Firma bewog am 15. Januar 1901 20 Mann, die Arbeit niederzulegen. Erklärend sei beigefügt, daß wir wiederholt die Erfahrung machen konnten, daß die Arbeiter diesen Betrieb nicht als Eldorado betrachten, und daß im Allgemeinen die Arbeit bei leichtem Herzens verlassen wird.“

Eine Tabelle über den Stand der Frankfurter Gewerkschaften enthält der Bericht gleichfalls, ebenso wird über die verschiedenen von den Arbeitern geschaffenen Institutionen berichtet. Ein Anhang: „Die Rechte der unehelichen Kinder“ beschließt den Jahresbericht.

Der Bericht des vieler Arbeitersekretariats umfaßt nur 32 Seiten. Daß der Bericht so wenig umfangreich ist, dürfte zum Teil an dem Umstand liegen, daß das Sekretariat am Jahresende 1901 erst 5 1/2 Monate bestand. Die Frequenz des Sekretariats war nicht groß, was sicher auf den Zustand zurückzuführen ist, daß von Nichtorganisierten für Auskünfte und Anfertigung von Schriftstücken eine Gebühr von 50 Pfg. erhoben wird. Zwar wird diese Gebühr, wie in dem Bericht konstatiert wird, nur von ungefähr der Hälfte der Besucher entrichtet, denn wo nichts ist, hat bekanntlich der Käufer kein Recht verloren. Ueber den Verkehr mit den verschiedenen Behörden war nicht zu klagen; es kam sogar vor, daß dem Sekretariat die Leute zugeschickt wurden, hauptsächlich wenn es sich um Anfertigung von Schriftstücken handelte.

Vom Arbeitersekretariat Halle a. S. ist für das Jahr 1901 der 2. Jahresbericht erschienen. Das Sekretariat ertheilte bis zum November 1901 an Jedermann unentgeltlich Auskunft. In diesem Zeitpunkt gelangte ein Antrag zur Annahme, in dem ausgesprochen wird, daß Personen, die sich gewerkschaftlich organisieren können und das nicht thun, grundsätzlich die Auskunftsverteilung zu verweigern; ferner sind Organisierte gehalten, bei Inanspruchnahme des Sekretariats ihr Mitgliedsbuch mitzubringen. Beteiligt wurde dieser Beschluß durch das nichtstimmige Handeln vieler Arbeiter, die die Gewerkschaften belächeln, sich aber vom Sekretariat alle möglichen Auskünfte erhalten. Die Zahl der Auskunftsgehenden stieg im Berichtsjahr um 1635 und betrug 9339. Schriftstücke wurden 508 mehr als im Vorjahre angefertigt. Die Zahl der Schriftstücke belief sich auf 2137. Von den Auskunftsgehenden waren organisiert 4150 = 63 Prozent. Die Einnahmen des Sekretariats beliefen sich auf 5558,03 M., die Ausgaben betragen 2903,33 M., so daß ein Kassenbestand von 2654,70 M. verblieb.

Dem Jahresbericht des Sekretariats schließt sich der Jahresbericht des halleischen Gewerkschaftsartikels an. Das Artikel nahm am 8. Dezember 1901 eine Arbeitslosenzählung vor, bei der 2588 Arbeitslose gezählt wurden, die insgesamt 27,700 Wochen arbeitslos waren. Eine Erhebung über den Broterwerb in 289 Arbeiterfamilien gehalten interessanter Einblicke in das Lebensnennere der Arbeiterfamilien. Zunächst ergab sich, daß die Familie durchschnittlich aus 5 Köpfen besteht. Ferner ergab diese Statistik, daß die Vermissten die Wohnungen im Allgemeinen bezahlen müssen im Verhältnis zu ihrem Einkommen. Für den Broterwerb wurden durchschnittlich von der Familie pro Jahr 191,57 M. angeordnet, d. h. pro Kopf 37,38 M., gleich 17,4 Prozent des durchschnittlichen Gesamtverdienstes der Familien, auf die ich die Erhebung erstreckte. Im Zukunft müßte, falls die Volkswirtliche Gesetzgebung für dieselbe Menge Brot nicht nur 191,57 M., sondern 221 M. ausgeben werden. Ein Einkommen von 1000 M. würde somit mit reichlich 7 Prozent indirekter Steuern nur für Brot belaufen.

Ueber die Puffelwiede (Sektion des Metallarbeiter-Verbandes) sagt der Bericht:

„Der frühere Fabrikereinstrom trat 1900 zum Metallarbeiter-Verband über. Von dort sind 250 bis 300 Berufscollegen (Hälfte, Lehrlinge werden 80-50 gezählt). Organisiert sind 68 Kollegen. Versammlungen fanden vier mal. Arbeitszeit: 10 Stunden; Dauer derselben den sechs bis sechs

Uhr bei 1 1/2 Stunden Mittag und einer halben Stunde Wesper. Die Arbeitslosigkeit ist eine große. Lohnzahlung: jeden Samstag. Es wird meistens in Akkord gearbeitet, hierfür die Kollegen auch eintreten. Der Lohn beträgt: Stundenlohn, niedrigster 27 Pfg., mittlerer 32 Pfg., höchster 40 Pfg.; der Wochenlohn niedrigster 16 M., mittlerer 19 M., höchster 24 M.“

Der frühere Fabrikereinstrom zum Metallarbeiter-Verband über. Von 148 Berufscollegen gehören 40 der Organisation an. Lehrlinge werden 32 gezählt. Mitglieder-Versammlungen fanden 24, öffentliche eine statt. Besucherszahl durchschnittlich 20. Agitiert wird durch Werkstättenversammlungen, Vorträge usw. Arbeitszeit 10 Stunden. Dauer derselben von 6 bis 6 Uhr bei einstuändiger Mittags- und je halbstündiger Frühstücks- und Wesperpause. Ueberstunden werden mit 25 Prozent Aufschlag bezahlt. Lohnzahlung jeden Freitag. Arbeitslos waren circa 16 Prozent. Es wird in Stundenlohn gearbeitet, die Kollegen treten auch für feiten Lohn ein. Der Lohn beträgt: Stundenlohn niedrigster 30 Pfg., mittlerer 35 Pfg., höchster 45 Pfg.; der Wochenlohn, niedrigster 18 M., mittlerer 21 M., höchster 27 M.“

Und über die Metallarbeiter im Allgemeinen ist dem Bericht zu entnehmen:

„Seit 1. August 1891 besteht der Metallarbeiter-Verband. Neben circa 5000 Berufsgenossen sind 130 bis 150 Frauen beschäftigt. Organisiert sind 940. Mitglieder-Versammlungen fanden 20, öffentliche 6 statt. Die ersteren waren durchschnittlich von 60, die letzteren von 400 Kollegen besucht. Flugblätter sind 14,000 verbreitet worden. In der Hauptstadt wurde mittels Flugblättern und öffentlichen Versammlungen agitiert werden. Durch Entlassungen von Vertrauensleuten und infolge der Krise konnte die Agitation nicht so erfolgreich betrieben werden. Die Arbeitszeit ist eine zehnstündige und dauert von 6 bis 6 Uhr bei 1-1 1/2 stündiger Mittagspause und einer Viertelstunde einer halben Stunde Frühstück- sowie stellenweise auch einer Viertelstunde Wesperpause. Die Arbeitszeit, die sonst häufig auf 12-14 Stunden ausgedehnt wurde, ist im vorliegenden Jahre in den meisten Fabriken reduziert worden, es wurde mehrfach nur acht Stunden täglich, ja auch nur 24 Stunden wöchentlich gearbeitet. Nur bei Weste u. Monski hat man trotz vorgenommener Entlassungen noch bis zu 12 Stunden täglich arbeiten lassen. Ueberstunden wurden früher mit 10 Pfg. Aufschlag bezahlt, infolge des wirtschaftlichen Niederganges sind auch diese 10 Pfg. in Wegfall gekommen. Nur in den Röhrenwerken wird zweistündig gearbeitet. Nach einer aufgenommenen Statistik sind gegen das Vorjahr in 20 der größten Betriebe 1007 Personen weniger beschäftigt, 10 bis 15 Wochen Arbeitslosigkeit sind nichts Seltenes; sehr häufig sind auch längere Pausen zu verzeichnen. Dreher und Formner müssen schon jede beliebige Aushilfsarbeit annehmen, da sie in ihrem Berufe vorläufig nicht auf Einstellung rechnen können. Die Lohnzahlung erfolgt acht- und vierzehntägig, auch vereinzelt alle vier Wochen. In letzterem Falle wird entsprechende Abschlagszahlung geleistet, die 10 bis 18 M. beträgt. Es wird mehr in Akkord gearbeitet, trotzdem die Mehrzahl der Kollegen für Stundenlohn eintreten würde. Die Höhe des Lohnes ist jetzt nicht genau anzugeben, 40 Pfg. Stundenlohn dürfte als der Höchstlohn zu bezeichnen sein, der je fällt aber bis zu 25 Pfg. Die Akkordpreise sind ebenfalls reduziert worden und darf jetzt nicht über den Lohn verrechnet werden. Die Unternehmern glauben den Arbeitern jetzt einmal „ihre Macht“ fühlen lassen zu müssen. Maßregelungen kamen sehr häufig vor. Die Behandlung der Arbeiter läßt ebenfalls viel zu wünschen übrig. Kleinere Unfälle kommen fast täglich infolge großer Hast bei der Arbeit vor. Im letzten Jahre sind bedeutend mehr Kollegen ab- wie zugereist; darüber erklärt sich der Rückgang in der Organisation. Verfalls-Krankheiten sind: Rheumatismus, Schwindel und frühzeitiges Siechtum.“

Die Personenfrequenz im Münchener Arbeitersekretariat für das Jahr 1901 den 4. Jahresbericht erscheinen laß betrug 9231. Von den Auskunftsgehenden waren 476 gewerkschaftlich organisiert. Das Sekretariat untersteht dem Gewerkschaftsverein, der auch die Kosten des Sekretariats bestreitet. Dem Bericht des Gewerkschaftsvereins München, der sich dem Sekretariatsbericht anschließt, entnehmen wir, daß es im abgelassenen Geschäftsjahr den Jungingen gelang, mit den Meistern einen Tarif abzuschließen, dessen Betragsbauwerk auf zwei Jahre festgelegt wurde. Neben der Anerkennung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes als offizieller Vertreter der Arbeiter, ist eine Erhöhung der Minimalgröße für die verschiedenen Positionen von 50-100 Prozent erzielt worden. Da die bedeutendsten Firmen dieser Tarifgemeinschaft beigetreten sind, ist auch der Schlußkonkurrenz im Jangiergewerbe Abbruch geschähen. Die Metallschläger erweiterten eine Zulage je nach Größe der Form von 2-5 Pfg. Und die Bandagisten und die Instrumentenmacher, wie die Arbeiter der Automobilwerke Pasing erzielten eine Arbeitszeitverkürzung auf 9 Stunden. Differenzen in der Raffeiigen Maschinenfabrik, bei welcher 180 Puffelwiede die Arbeit niedergelegt hatten, wurden durch die Verwaltung des Metallarbeiter-Verbandes zahlreicher Verhandlungen und Sozietäten mit dem Unternehmertum zu bestehen, da im Gegensatz zu dem Solidaritätsgefühl der Arbeiter, die unter Verdrängung der schlechten Konjunktur sich überall erhoben, durch verkürzte Arbeitszeit mehr Kollegen beschäftigten zu lassen, die Unternehmer die wirtschaftliche Depression dazu benutzten, noch stärker vorzugehen wie sonst. Die Lokomotivfabriken Romberg und die Eisenwerke München haben sich hierin besonders hervorgetan.

Dem Bericht sind ferner angehängt eine Uebersicht über die Thätigkeit des Rådlichen Arbeitsamtes München im Jahre 1901, eine vergleichende Uebersicht der Thätigkeit im abgelassenen Monat mit dem gleichen Monat des Vorjahres, und eine Uebersicht über die Arbeitsvermittlung durch die Arbeitsämter der Gewerkschaften. Ein Rückblick auf die Thätigkeit des Gewerkschaftsartikels München und eine Uebersicht über den Fortschritt des

eheliche Güterrecht beschließen den 72 Seiten umfassenden Bericht.

Nur 12 Druckseiten umfaßt der Geschäftsbericht des Arbeitersekretariats für Hannover, Linden und U mg e g e n d. Die Zahl der Besucher betrug im Jahre 1901 9646. Sehr gehäuft haben sich infolge des Niedrigens der Industrie die Klagen über den Arbeitsvertrag und die Lohnverhältnisse. Da auch in Hannover-Linden die Arbeitslosigkeit sehr überhand nahm, nahm das Arbeitersekretariat in Gemeinschaft mit dem Gewerkschaftsartikell Stellung in drei zahlreich besuchten Arbeitslosen-Versammlungen dazu. In einer umfangreichen Resolution wurden den Stadtverwaltungen in Hannover und Linden Vorschläge unterbreitet, wie der Arbeitslosigkeit seitens der genannten Körperschaften abgeholfen werden könne. Zur Errichtung von Hochschulfürsen hatte das Sekretariat gleichfalls den Anstoß gegeben. Die Einnahme des Sekretariats belief sich im Jahre 1901 auf 8387,92 Mark, nach 5889,42 M. Ausgaben verblieb ein Kassenbestand von 2698,50 M.

Der zweite Jahresbericht des Arbeitersekretariats Altona-Ottensen konstatiert, daß auch hier die Behörden Hilfestunden an das Arbeitersekretariat verweigerten. Auch die Beamten des Gewerbegerichts, die noch ein Jahr zuvor die Thätigkeit des Arbeitersekretariats durchaus einseitig beurteilten, verwiesen nun häufig Arbeiter, die Klagen einreichen wollen, an das Arbeitersekretariat. Von den 7581 Auskunftsgehenden waren 8544 gewerkschaftlich organisiert. Der Bericht bezeichnet noch die verschiedenen Gebiete der Auskunftsverteilung, besonders trasse Fälle, wie Proletarier behandelt werden, anführend. Dem Bericht des Sekretariats angehängt ist der Bericht der Kommission des Gewerkschaftsartikells. Für Unterstützung von Streiks und Ausperrungen wurden durch Sammellisten im Jahre 1901 von circa 6000 Gewerkschaftsmitgliedern die ansehnliche Summe von 6644,52 M. aufgebracht. Ein Antrag, nur an Organisierte und Organisationsfähige Auskunfts zu ertheilen, wurde durch Abstimmung abgelehnt. Bestrebungen, die Gewerkschaftsfamilien Altonas mit denen Hamburgs zu verschmelzen, ebenso das Arbeitersekretariat Altona-Ottensen mit dem von Hamburg zu vereinigen, waren bislang ohne Erfolg. Die meisten Gewerkschaften Altonas wollen die Selbstständigkeit der Altonaer Familien gewahrt wissen. Den Bericht beschließt eine tabellarische Uebersicht über den Stand der Altonaer Gewerkschaftsbewegung.

Diese vorstehend besprochenen Berichte — es sind nur die uns zur Besprechung zugegangenen — geben wiederum Zeugnis von der Nützlichkeit und Nothwendigkeit der Arbeitersekretariate. Wer sich von unseren Lesern für diesen oder jenen Bericht interessiert, der sei darauf aufmerksam gemacht, daß sämtliche Berichte käuflich zu haben sind.

Mittheilungen aus der Metallindustrie.

Die Zinkproduktion des Jahres 1901 ist im Allgemeinen eine größere gewesen als im Vorjahre; im Besonderen haben die Vereinigten Staaten eine wesentliche stärkere Steigerung der Ausbeute erzielt, als die an der Zinkproduktion beteiligten europäischen Länder zusammengekommen. Es betrug die Ausbeute im Rheinrevier, in Belgien und Holland 199,285 Kilogr. im Jahre 1901 (mehr 12,965 Kilogr.), in Schlefien 106,385 Kilogr. (mehr 6680 Kilogr.), so daß diese Produktionsgebiete einen Zuwachs von 7 bezw. 5,5 Proz. gegen das Vorjahr aufweisen. Von den übrigen europäischen Ländern haben nur noch Oesterreich und Italien ihre Zinkproduktion vermehrt, allerdings in sehr bescheidenem Maße; in Großbritannien, Frankreich, Spanien und Rußisch-Sibirien ist die Zinkgewinnung beträchtlich geringer gewesen als im Jahre 1900. Dagegen haben die Vereinigten Staaten 122,330 Kilogr. dieses Metalls gegen 110,028 Kilogr. im Vorjahre produziert, ihre Ausbeute also um 11,6 Prozent gehoben, während in Europa die Gesamtgewinnung mit 375,600 Kilogr. gegen 360,325 Kilogr. im Vorjahre zwar erheblich größer, die prozentuale Vermehrung aber, nämlich 4,3 Proz., um mehr als die Hälfte niedriger war. Der Antheil der Vereinigten Staaten an der 498,590 Kilogr. betragenden Gesamtproduktion ist somit von 23,4 Proz. auf 24,6 Proz. im Jahre 1901 gestiegen. Trotzdem sind aus dem amerikanischen Produktionsgebiet im bergangenen Jahre nur rund 300 Tonnen Zink gegen 20,000 Tonnen im Vorjahre nach Europa ausgeführt worden. Die Preise für Zink haben sich gegen das Vorjahr erheblich verschlechtert. In London fiel der mittlere Werth der Zonne Zink um 15,9 Prozent, in New-York um 7,1 Prozent gegen das Vorjahr, so daß die Vereinigten Staaten, ebenso wie rüchlich der größeren Ausbeute, auch bezüglich der Zinkvermehrung sich Europa gegenüber im Vortheil befinden.

Rohisen-Erzeugung. Nach den statistischen Ermittlungen des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller belief sich die Rohisenproduktion des deutschen Reichs (einschließlich Luxemburgs) im Monat Mai 1902 auf 710,420 Tonnen; darunter Buddelrohisen und Spiegel-eisen 94,622 Tonnen, Wessmer-Rohisen 33,471 Tonnen, Thomas-Rohisen 446,937 Tonnen, Gießerei-Rohisen 135,390 Tonnen. Die Produktion im April 1902 betrug 672,912 Tonnen, im Mai 1901 676,774 Tonnen. Vom 1. Januar bis 31. Mai 1902 wurden produziert 3,318,703 Tonnen gegen 3,320,733 Tonnen im gleichen Zeitraum des Vorjahres.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Bekanntmachung.

Bezüglich des Protokolls vom 4. Gewerkschaftskongress theilen wir hierdurch den Verwaltungsstellen und Bevollmächtigten mit, daß dasselbe durch die Gewerkschaftskarteile zum Preise von 20 Pfg. zu beziehen ist. Wir bitten die Bestellungen sofort erfolgen zu lassen.

Diejenigen Verwaltungsstellen, an deren Orten sich kein Gewerkschaftsartikel befindet, wollen die benötigte Anzahl Protokolle in Stuttgart beim Vorstand bestellen.

In Gemäßheit § 4 Abs. 3 des Verbandsstatuts wird den nachstehend angeführten Verwaltungsstellen beziehungsweise Einzelmitgliedern der Hauptkasse die Erhebung eines Extrabeitrages gestattet und dies den in Betracht kommenden Mitgliedern hierdurch zur Kenntnis gebracht mit dem Bemerkten, daß die Nichtbezahlung der Extrabeiträge Entziehung statutarischer Rechte zur Folge haben kann.

Der Verwaltungsstelle in Utschaffenburg die Erhebung eines monatlichen Extrabeitrages von 10 Pfg. pro Mitglied.

Sinsichtlich des längeren Aussehens von der Arbeit besteht mehrfach darüber Unklarheit, ob das Aussehen als Arbeitslosigkeit im Sinne des Statuts aufzufassen ist oder nicht.

Mitglieder, welche ununterbrochen länger als 14 Tage (b. i. gesetzliche Kündigungsfrist) ihr Arbeitsverhältnis durch Aussehen unterbrechen, sind als Arbeitslose zu betrachten und haben für die Zeit des Aussehens Anspruch auf Ortsunterstützung nach den statutarischen Bestimmungen, ganz gleichgültig, ob die Unterbrechung des betreffenden Arbeitsverhältnisses mit Wiederaufnahme der Arbeit innerhalb desselben oder mit vollständiger Aufgabe desselben endet.

Wir ersuchen die Ortsverwaltungen und Bevollmächtigten, künftighin etwa aussehende Mitglieder nach diesem Beschluß zu behandeln und bemerken, daß aussehende Mitglieder, wenn sie Anspruch auf Ortsunterstützung erheben, sich vom ersten Tage der Arbeitsunterbrechung an der Kontrolle für Arbeitslose zu unterwerfen und dadurch den Beweis zu erbringen haben, daß sie tatsächlich aussehen.

Ausgeschlossen aus dem Verbandsrat wird nach § 8 Abs. 7 des Statuts:

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Augsburg: der Former Karl Behndorfer, geb. zu ? am 19. Dezember 1858, B.-Nr. 435,559, wegen Nichtachtung einer verhängten Sperre.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Berlin: der Metallbrücker ? Hochhäusler, geb. zu ? am ?, wegen Streikbruch.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Reutlingen: der ? Arthur Schiene, geb. zu Schramberg am 6. März 1878, B.-Nr. ?, wegen fortgesetzt unkollegialen Benehmens.

Nicht wieder aufgenommen werden darf auf Antrag der Verwaltungsstelle in Schweidnitz: der Eisendreher Fritz Mandera, geb. zu Ratibor am 24. Nov. ?, B.-Nr. 278,199, wegen unlauterer Manipulationen.

Wegen sie betreffender Anträge auf Ausschluß aus dem Verbandsrat wird den nachstehend bezeichneten Mitgliedern Gelegenheit zur Rechtfertigung gegen die die Anträge auf Ausschluß begründenden Vorwürfe mit dem Bemerkten gegeben, daß sie, sofern sie auf dreimalige Bekanntmachung dieses hin sich nicht rechtfertigen, aus dem Verband ausgeschlossen werden.

Es wird zur Last gelegt: dem ?? Hemmerling und dem ?? Goffart nach dem von der Verwaltungsstelle in Köln-Lindenthal gestellten Anträge, Uffordpreissdrucker, dem Dreher Karl Wernecke, geb. zu Habersleben am 23. März 1869, B.-Nr. 229,965, Schädigung der Verbandsinteressen durch Agitation gegen denselben.

Aufzuhalten ist das Mitgliedsbuch Nr. 316,540 nebst Reiselegitimation, angestellt auf den Eisendreher Ludwig Bläß, weil es dem rechtmäßigen Eigentümer gestohlen wurde.

Gewarnt wird vor dem Schlosser August Weidner aus Würchhausen, Haupt-Nr. 440,534, wegen von demselben an einem Nebenkollegen begangener Veruntreuung von Werkzeug.

Alle für den Verband bestimmten Geldsendungen sind nur an Ehedor Werner, Stuttgart, Rote-Strasse 16 b zu richten, und ist auf dem Postabschnitt genau zu bemerken, wofür das Geld vereinnahmt ist.

Mit kollegialem Gruß Der Vorstand.

Quittung

Aber die vom 1. bis 30. Juni 1902 bei der Hauptkasse eingegangenen Verbandsgelder.

- Von: Altona 400. Bremen-Elberfeld 1600. Bergeborf 190. Bieher 80. Bielefeld 800. Brandenburg 800. Breslau, Klemptner 200. Bünde 40. Cannstatt 600. Chemnitz 1600. Grimnitzschau 200. Darmstadt 150. Delmenhorst 6620. Dresden 4200. Durlach 800. Eisenberg 150. Essen a. d. Ruhr 400. Espingen, Schmiede 60. Feuerbach 154. Finsterwalde 100. Flensburg: Alg. 150, Klemptner 60. Freiberg i. S. 65. Gaisburg 170.34. Gelsenkirchen-Schalke 140. Gmünd Schwab. 800. Göttingen 300. Götting 200. Greiz 100. Hannover 1000. Heinrichs 56.07. Hirschberg 30. Iberschhofen 150. Jülich 29.75. Jyehoe 60. Karlsruhe, Blechner 27.10. Kiel 400. Kolmar 60. Köln-Lindenthal 300. Kronenberg, Schleifer 300. Leisnig 40. Linden 400. Lüdenscheid 200. Ludwigshafen 300. Magdeburg 2100. Mannheim 600. Merseburg 300. Meissen 200. Merseburg 200. Mühl-

- heim a. Main 260. Raumburg 50. Neumarkt Oberpf. 48. Nordham 50. Nowames-Neuendorf 250. Nürnberg: Maschner 500, Schmiede 400, Zinngießer 145.80. Osterholz-Scharmbed 120. Pegnitz 200. Quedlinburg 100. Rade v. Walb 68.40. Rathenow 430. Roßlau 60. Roßdorf 200. Roßwein 90. Saalfeld 300. Senftenberg 100. Schmalkalden 100. Schmöllner-Doos 350. Schweidnitz 50. Schwenningen 200. Stettin 300. Striegau 125.72. Tübingen 200. Trospingen 100. Wegeslad 759.25. Welbert 300. Weiskau 100. Wittenberge 40. Witzgen 35. Zeitz 170. Zittau 200. Einzelmitglied der Hauptkasse 250. Für: Ergänzblätter 11.80. Notizkalender 166. Protokolle der 5. ordentl. Generalversammlung 175.95. Zinsen vom angelegten Gelde 584.52. Juridischbezahlt Darlehen vom Zentralkomite der Solinger Gewerkschaften 2112.50. Juridischbezahlt Schuld von J. Siegel, Hirschberg 5.90. Sonstige Einnahmen 328.92.

Die Verwaltungsstellen, Bevollmächtigten und sonstigen Einsender von Geldern werden hierdurch dringend gebeten, vorstehende Quittung genau zu prüfen und etwaige Anstände sofort an uns zu berichten.

Mit kollegialem Gruß Der Vorstand.

Aus den Agitationsbezirken.

II. Bezirk.

Den Mitgliedern und Ortsverwaltungen des obigen Bezirks bringe ich hiermit zur Kenntnis, daß sich meine Wohnung in Breslau, Alsenstraße 60 II r. befindet.

Friedr. Schlegel.

Korrespondenzen.

Klemptner.

Hamburg. Die Aussperrung der Klemptner dauert fort. Den Arbeitgebern ist es noch nicht gelungen, trotzdem kein Mittel unversucht blieb, die Werkstelle von Oldenburg und Hengstler genügend mit Arbeitswilligen zu besetzen.

Die pp. Versammlung beschließt, daß in den jetzt gesperrten Betrieben die Arbeit nicht eher aufgenommen werden darf, bevor die Differenzen bei der Firma Oldenburg u. Hengstler geregelt sind und die von der Freien Zunftung der Klemptner zu Hamburg provozierte Aussperrung bedingungslos aufgehoben ist in der Weise, daß die Arbeit in allen Betrieben zugleich zu dem bisher gültigen Lohnsatz aufgenommen wird.

Da die Aufsichtsbehörde für die Zunftungen durch Mäher erklären ließ, daß die Zunftung eventuell zu Unterhandlungen bereit sei, erwartet die Versammlung dementsprechende Vorschläge von der Aufsichtsbehörde oder der Zunftung.

Neumünster. Daß die Zunftungen sich immer mehr ausbilden zu Scharführern, trat hier wieder deutlich hervor, indem arbeitssuchende Hamburger Klemptner von den Zunftungsmeistern mit dem Bemerkten abgewiesen wurden, daß wohl Arbeit da wäre, sie, die Meister aber durch Zunftungsbeschlüsse gehalten seien, keine Hamburger Aussperrten einzustellen.

Wenn doch alle hiesigen uns noch fernstehenden Kollegen sich dies zur Warnung dienen ließen und erkennen möchten, daß es höchste Zeit wird, sich zu organisieren, um ein Gegengewicht zu bilden gegen die Unternehmerorganisationen.

Regensburg. Am Samstag, den 21. Juni, fand im Restaurant zum „Goldenen Thurm“ eine sehr gut besuchte Spenglerversammlung statt.

Am Samstag, den 21. Juni, fand im Restaurant zum „Goldenen Thurm“ eine sehr gut besuchte Spenglerversammlung statt. Das Referat hatte Kollege Müller-Nürnberg übernommen. Redner unterzog zunächst die den Spenglern seitens der Zunftungsmeister aufgebrachte Bestätigungs-Ordnung einer scharfen Kritik.

lehnte eine Vermittelung ab. Die Entlassenen mühten sich um andere Arbeit umsehen. Sie schrieben nach Augsburg an die Niedinger'sche Maschinenfabrik und nach Freising; aber — man war ihnen schon aus christlicher Unternehmlichkeit zugekommen, und ihre Bemühungen um Arbeit waren vergeblich.

Metallarbeiter.

Bunzlau. Wie uns Herr M. Krükel mitteilt, haben in einem Betriebe Lohnherabsetzungen nicht stattgefunden.

Gilden bei Düsseldorf. Nachdem sich der Deutsche Metallarbeiter, das Organ des christlichen Metallarbeiterverbandes, nunmehr in zwei Nummern, und zwar in der vorletzten Nummer gar an zwei Stellen, mit uns beschäftigt hat, fühlen wir uns doch veranlaßt, zu antworten.

Da der christliche Verband 100 Mitglieder auf der Fabrik hat, wären im Falle eines Streikes etwa 1500 Mk. pro Woche erforderlich gewesen. Es gehört lediglich etwas Kenntnis im Rechnen und in der Gewerkschaftsbewegung dazu, um zu wissen, daß das für eine junge Organisation von etwa 4000—5000 Mitgliedern etwas Unmögliches ist.

Im letzten Winter fand in Gilden eine öffentliche Metallarbeiterversammlung statt, welche sich mit den Mißständen auf der Maschinenfabrik und Eisengießerei von Kirberg und Hüls beschäftigte.

Angesichts der ganzen Sachlage blieb ihnen nichts anderes übrig, als die Erklärung abzugeben, dem Verbandsrat ließen sie nichtsdestoweniger treu. Die wären esel gewesen, wenn sie sich im vergangenen Winter bei der außerordentlich schlechten Geschäftslage hätten auf die Straße werfen lassen.

Karlsruhe. Am 14. Juni hielt die allgemeine Verwaltungsstelle eine außerordentliche Generalversammlung ab, welche sich mit der Einführung eines monatlichen Extrabeitrages von 10 Pfg. befaßte.

Liegnitz. Von dem Leiter des Zweiggeschäftes der Firma F. Hübler wurde kürzlich einem Kollegen folgendes Abgangszeugnis ausgespelt: „Der Schlosser...“

hat vom 16. April 1902 bis 29. April 1902 in meinem

Schönbeck. In Nr. 25 unserer Zeitung berichteten wir

eingesendet über die Zustände in der Norddeutschen

Warenfabrik. Der Bericht hat auch gewirkt, war doch

Nachfrage seitens der Direktion obigen Werkes nach

Nummer, nicht minder stark seitens des indifferenten

Publikums und der Episteler unserer lieben Stadt.

Unsere Zweifel, daß nicht abzusehen ist, ob der Betrieb

entbehrt." Na also! Am Samstag, den 28. Juni,

nahmen die übrigen 12 Kollegen das Geld in Empfang,

Wittenberg. In der Rheinischen Metallwaren- und

Wittenberg. In der Rheinischen Metallwaren- und

Wittenberg. In der Rheinischen Metallwaren- und

Wittenberg. In der Rheinischen Metallwaren- und

Wittenberg. In der Rheinischen Metallwaren- und

einzustellen. Die Generalversammlung laßt alle christlichen

Einzelnummern der Zeitschrift. Wie es scheint, haben

Über die Kassen der Wohlfahrtsfirma Krupp

Die verbriefte Wohlfahrt und Freigebigkeit der Firma

Die verbriefte Wohlfahrt und Freigebigkeit der Firma

Die verbriefte Wohlfahrt und Freigebigkeit der Firma

Rundschau

Bernet, prüfet und behaltet das Beste! Ein Mahn-

Die Buchhandlung Vorwärts hat ihr neu herausgegebenes

Der christliche Metallarbeiterverband kam hart ins

als wie an Pensionen gezahlt wurden! — In den Einnahmen figuriren u. A. auch 21.845,99 Mk. an Strafen, so daß im Durchschnitt jedes Mitglied annähernd eine Mark Strafe gezahlt hat. Das ist auch wohl eine Wohlfahrts-einrichtung. Nach dem Bericht hat der Mitgliederbestand um rund 1846 abgenommen gegen das Vorjahr, und ist auf 24.436 zurückgegangen. Trotzdem sind vereinnahmt an Mitgliedsbeiträgen 16.974,27 Mk. Es sind daher ungefähr 3000 Personen neu eingestellt worden, so daß annähernd 4 1/2 tausend Personen abgingen!

Diese Personen haben wieder, ohne die geringsten Ansprüche an die Pensionenkasse geltend machen zu können, theilweise lange Jahre sogar, Beiträge gezahlt. Ihre Beiträge vermehrten das Vermögen der Kasse, und mit dem großen Vermögen wird Klamme gemacht für die Wohlfahrtsfirma Krupp!

Scharfmacher-Schwindel. Bekanntlich waren die auf der Schiffswerft und Maschinenfabrik „Bremer Vulkan“ in Begejard beschäftigten Werkarbeiter verschiedener Kategorien von der Gesellschaft in Folge Lohnunterschieden aus-gespart. Der Vorstand der Eisenindustrie Hamburgs wandte nun an seine Mitglieder folgenden Schreiben:

Hamburg, 26. Mai 1902.

An Herrn... , Neuhof.

Gut gefälligen Fernrührnahme theile ich Ihnen er-gebenst mit, daß auf der untern Arbeitsnachweise ange-schlossenen Schiffswerft und Maschinenfabrik „Bremer Vulkan“ in Begejard Meister, Vorarbeiter, Maschinenwärter, Schlosser, Steuermann, Bohrer, Schmiede und Arbeiter am Schiffbau die Arbeit niedergelegt haben. Wir bitten, die von dieser Werft kommenden Leute bis zum Widerruf dieses nicht einzustellen. Hochachtungsvoll Vorstand der Eisenindustrie Hamburgs. Thielkott, Sekretär.

Erfst sperrt die Werft die Arbeiter aus, dann schwindelt der Scharfmacherverband, die Arbeiter hätten die Arbeit eingestellt und ordnet an, sie mit der Hungerpeitsche zu drangsaliren.

Schwarze Listen sind erlaubt — selbstverständlich nur den Unternehmern. Die „Woln. Hg.“ registriert dies Urtheil des Reichsgerichts mit großem Schagen, indem sie schreibt: „In einer Fabrik waren Streikleitungen über die Ein-führung eines neuen Lohnsystems entstanden, in deren Folge ein Theil der Arbeiter die Arbeit ohne Kündigung nieder-legte. Der Unternehmer verordnete darauf an eine große Anzahl von Firmen seines Geschäftszweiges ein Rund-schreiben, in dem er von seinem Standpunkte aus die Streikigkeiten darstellte und bat, von den benannten 38 Arbeitern keinen aufzunehmen. Mehrere Arbeiter erhoben Schadenersatzklage mit der Behauptung, die Behauptungen seien un-wahr, beleidigend und geeignet, den Erwerb und das Fortkom-men der Kläger zu schädigen. Das Ersuchen, die Kläger nicht in Dienst zu nehmen, verstöße gegen die guten Sitten, sei rechtswidrig und verpflichte zu Schad-ersatz. Land- und Obergerichtsgericht hatten die Klage ab-gelehnt; zu denselben Ergebnis kommt das Urtheil des Reichsgerichts. Das Reichsgericht stellt zunächst fest, daß das Rundschreiben, soweit es wahre oder wenigstens in gutem Glauben für wahr gehaltene Darstellungen gebe, nichts enthalte, was den guten Sitten wider-späche. Der Schwerpunkt liege aber in der Bitte, die Arbeiter nicht einzustellen. Erlaubt und an sich nicht un-sittlich sei auch hierbei der wirtschaftliche Zweck, in dem nach Ansicht des Beklagten ihm grundloser Weise aufgedrungenen Lohnkampfe den Widerstand der Arbeiter zu brechen. Nicht jedes Mittel sei freilich rechtlich und sittlich erlaubt, um jenen Zweck zu erreichen, auch der Aus-übung des Koalitionsrechtes seien insofern gewisse Schran-ken gesetzt. Das zeige schon der gegen Mißbrauch durch be-stimmte Zwangsmittel gerichtete § 153 der Gewerbeord-nung. Die in den heutigen gewerblichen Lohnkämpfen von der einen wie von der anderen Seite angewandten Maß-regeln, wie Ausstand und Aussperrung, hätten gewöhnlich die Bedeutung eines auf den anderen Theil gerichteten Druckes oder Willenszwanges und zielten auf die materielle Schä-digung des Gegners ab, ohne daß man ihnen deshalb immer den Charakter einer sittlich verwerflichen Handlung beilegen dürfe. Die Rechtsordnung wie die herrschende sittliche Anschauung trügen in weitem Maße dem Selbst-schutz und den gewerblichen Bestrebungen, das freie Spiel wirtschaftlicher Kräfte und ihre Betätigung durch ge-noffenchaftliche Selbsthilfe zu regeln, Rechnung, wie dies auf der anderen Seite durch Organisationen geschehe, welche die eigenen Gewerkschaften einer Beschränkung der Er-werbserleichterung im Interesse gemeinschaftlichen Vorgehens mittels gewerblicher Kartelle unterwerfen wollten. Hier wie dort allerdings hieße auch der § 826 des Bürgerlichen Gesetzbuches ein Mittel, um Ausschreitungen und Aus-wüchsen des gewerblichen Wett- und Lohnkampfes entgegen zu treten, wozu sonst die straf- und zivilrechtlichen Vorschriften über un-erlaubte Handlungen nicht ausreichen würden. Maßregeln, wie Geschäfts-sperre oder Boykott, könnten unter diesen Umständen in das Gebiet des § 826 des Bürgerlichen Gesetzbuches fallen, insbesondere, wenn damit eine Perkusserklärung verknüpft sei, die jemanden als des Verkehrs in einem be-stimmten Kreise persönlich unwürdig kennzeichne. Das Aufstellen einer sogenannten schwarzen Liste, die die Nichtannahme bestimmter Arbeiter er-zweckt, enthalte eine solche Perkus-serklärung nicht immer und notwendig. Ueberhaupt werde es für die Anwendung des § 826 des Bür-gerlichen Gesetzbuches stets auf die Umstände des konkreten Falles, auf die Art und Weise der Einwirkung auf die Willensfreiheit des Gegners und der über denselben ver-trägten Nachtheile ankommen. Eine Handlung, die zum Zweck oder Erfolg habe, die gewerbliche Existenz des Ge-gners im Lohnkampf völlig zu untergraben, ihn dauernd erwerbs- und brotlos zu machen, sei anders zu beurtheilen als eine Maßregel, die nur da-rauf abziele, dem Gegner vorübergehend, für die Dauer des Lohnkampfes, die Erwerb-erleichterung in dem Geschäftszweig abzuschneiden, ihn hier-nach zum Nachgeben, zur Unterwerfung unter die gestellt-

ten Bedingungen zu nöthigen. Ein Fall der letzteren, nicht der ersterwähnten Art, liege aber hier nach der An-nahme des Verwaltungsgerichts vor.“

Man vergegenwärtige sich die Entscheidung des Reichs-gerichts im Januar 1901 gegen die Formier von Buffen-hausen, die beim Kommerzienrath Kühn keine Streikarbeit verrichten wollten und es als gegen die guten Sitten ver-stößend bezeichneten, würden sie ihren Kollegen in den Rücken fallen. Dieser Einwand wurde damals als belang-loß abgewiesen. Durch das letzte Urtheil des Reichsgerichts ist die Boykottierung der Arbeiter durch schwarze Listen er-laubt, aber wenn Arbeiter Unternehmer boykottiren, dann werden sie Schadenersatzpflichtig gemacht, wie es bei den Zuffenhausener Formieren der Fall war.

Der Elektromonteur als Stiefelpuffer. Vor dem Ge-werbegericht in Solingen klagte dieser Tage der bisher auf einem dortigen Elektricitätswerke beschäftigte Monteur D. gegen dieses auf Kontraktbruch. Als Vertreter hatte das Werk den Ingenieur L. (Leider wird der volle Name des braven Mannes nicht mitgetheilt) entsandt. D. ist seit fünf Jahren auf dem Werke als Monteur beschäftigt. Im vorigen Jahre erlitt er ohne sein Verschulden bei einer Re-paratur an einer oberirdischen Hochspannungsleitung in Folge plötzlicher Einschaltung des Stromes lebensgefähr-liche Brandwunden, die, wenn auch das Schlimmste durch die Kunst der Mediziner verhütet wurde, ihn zeitweilig zum Krüppel machten. Nach seiner Genesung konnte er den Außendienst nicht mehr versehen, er wurde daher von dem Werke in der Werkstatt beschäftigt. Am 20. Mai d. J. beauftragte man den Ingenieur L. den D., ihm die Stiefel zu puzen. Als der Monteur diesem Befehle nicht sofort nachkam, erhielt er von dem Ingenieur eine derbe Ohrfeige und wurde sofort an die Luft gesetzt. Vom Vorsitzenden des Gerichts in ironischer Weise gefragt, ob die dem Monteur zugemuthete Arbeit und die Behand-lung des Mannes üblich sei, erklärte der Ingenieur, daß dies in jedem anständigen Geschäfte verlangt werde und üblich sei. Das Gericht war jedoch anderer Ansicht über die Auslegung des Begriffes Anstand. Es verurtheilte das Werk zur Zahlung einer zweimöchigen Lohnentschädigung und sprach dem Monteur noch 3 Mk. für Verköstigung zu. In der Urtheilsbegründung führte der Vorsitzende, Ge-werbe-Inspektor Dr. Eginatis, aus: Es stehe fest, daß der Kläger 6 Jahre als Monteur auf dem Werke beschäftigt gewesen und in dem Betriebe des Werkes verunglückt sei. Diesen Unglücksfall habe der Ingenieur für sich auszu-müssen versucht, indem er den Monteur zum Stiefelpuffer degradirte. Die für den Monteur erniedrigende Beschäfti-gung habe dieser mit Recht verweigert. Im Auftrage des gesamten Gerichtshofes müsse er, der Vorsitzende, Na-mens aller anständigen Geschäfte die Unter-stellung, es sei die Behandlung des Monteurs in allen anständigen Geschäften üblich, zurückweisen. Das Schicksal sei als eine rohe Handlung zu bezeichnen, und da obendrein der Monteur im Dienste des Werkes verunglückt, charakterisiere sich die Handlungsweise ihm gegenüber als eine rüde.

Erhöhung des Schutzzolles fordern auch die Fahr-radfabrikanten, weil angeblich die deutsche Faser-radindustrie „empfindlich durch den Wettbewerb des Aus-landes beeinflusst wird.“ Wie unberechtigt dieser Anspruch ist, ergibt sich aus der deutschen Handelsstatistik. Das in den amtlichen Veröffentlichungen vorliegende Material be-nutzt die „Deutsche Industrie-Zeitung“, das Organ des Zentral-Verbandes deutscher Industrieller, zu einer Dar-stellung des deutschen und des amerikanischen Außenhandels mit Fahrrädern und Fahrradtheilen, in der sie mit Ge-nügthum konstatiert, daß sich der deutsche Außenhandel mit Fahrrädern in den Jahren 1897—1901 sehr günstig gestaltet und die Leistungsfähigkeit der deutschen Industrie sich auch auf diesem Gebiete glänzend bewährt habe. Die Handelswerthe der deutschen Ein- und Ausfuhr von Fahr-rädern und Fahrradtheilen gestalteten sich nach den amt-lichen Ermittlungen:

	Einfuhr	Ausfuhr	Ueberschuß der Ausfuhr
	in Tausend Mark		
1897	6968	9905	2937
1898	6297	12637	6340
1899	4249	11710	7461
1900	3272	10896	7124
1901 (vorläufige Werthe)	2050	11770	9720

Es ergibt sich hieraus, daß die Einfuhr von Jahr zu Jahr zurückgegangen ist, der Ueberschuß der Ausfuhr ebenso gestiegen ist und nur 1900 einen kleinen, durch die wirt-tschaftlichen Verhältnisse erklärlichen Rückgang erfahren hat. Die Zahlen für 1901 werden bei der endgültigen Festset-zung noch erhebliche Minderungen erfahren, so daß auf sie vorläufig kein Gewicht gelegt werden kann. Nach der Stückzahl hat die Einfuhr, während sie 1897 und 1898 noch hinter der Einfuhr zurückgeblieben war, einen Ueber-schuß von 12.811 Stück im Jahre 1899 und von 13.670 Stück im Jahre 1900 ergeben, während die Ausfuhr von Fahrradtheilen nur 1897 hinter der Einfuhr zurückblieb, in den drei folgenden Jahren dagegen einen Ueberschuß von 5868, 6755 und 8475 Stk. ergab. Die Einfuhr aus den Vereinigten Staaten, deren angeblich unwir-ker Wettbewerb von den deutschen Fahrradfabrikanten in ihren Petitionen um Einführung eines hohen Schutzzolles für Fahrräder und Fahrradtheile immer wieder betont wurde, ist von 29.192 Stück im Jahre 1898 auf 4539 im Jahre 1900 zurückgegangen. Da nach dem jetzigen Stande des Organs des Zentralverbandes deutscher Industrieller die deutsche Fahrradindustrie ihre Leistungsfähigkeit glänzend beweisen und der deutliche Außenhandel sich sehr günstig gestaltet hat, so sollte man erwarten, daß der Zentralver-band die vorgeschlagene Erhöhung des Fahrradzolles auf 150 Mk. pro D.-Ztr. d. J. auf 15 Proz. des Werthes, für ungerechtfertigt erklären würde. Dies wird aber nicht ge-schehen. Den Großindustriellen kommt es vielmehr darauf an, möglichst alle ausländische Konkurrenz auszuschließen, um die Inlandskäufer nach Belieben schröpfen zu können.

Allgemeine Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter (G. S. 29, Hamburg).

Im Verfolg des Beschlusses der Generalversammlung in München, wonach das Abonnement für die „Deutsche Kranken-Zeitung“ für Filialen unter 100 Mitgliedern aus der Kasse bezahlt werden soll, ersuchten wir die Auf-sichtsbehörde um Entscheidung darüber, ob dieses gesetzlich zulässig ist. In der unterm 3. d. M. ergangenen Ent-scheidung hat die Behörde nun verfügt: „Die Herab-gabe von Kassendebiten zu dem beabsichtigten Zweck ist sonach gesetzlich unzulässig, weshalb der Vorstand zur Vermeidung von Weiterungen Sorge zu tragen hat, daß der jüngst gefaßte Generalversammlungsbeschuß nicht zur Ausfüh-rung gelangt.“

Demgemäß machen wir sämtlichen Ortsvereinigungen darauf aufmerksam, daß das Abonnement für genannte Zeitung weder von der Hauptkasse bezahlt, noch von den örtlichen Vereinigungen der Kasse in Rechnung gestellt werden darf. Selbstverständlich bleibt es den örtlichen Vereinigungen unbenommen, auf ihre Kosten einzeln oder gemeinschaftlich zu abonniren.

Ferner machen wir darauf aufmerksam, daß vom 1. Juli cr. ab diejenigen Mitglieder, welche nach § 7 Abs. 8 des alten Statuts nur der dritten oder vierten Klasse an-gehören durften, nur noch der vierten Klasse angehören dürfen. Sollte ein Mitglied, welches jetzt einer höheren Klasse angehört, sich weigern, entweder in die vierte Klasse zurückzutreten oder aus einer der drei Klassen, in welcher es versichert ist, auszuschreiten, so ist dem Vorstande davon Mittheilung zu machen, worauf der Ausschluß nach § 6 Abs. 4 des Statuts erfolgt.

Das Mitglied Jaf. Fran g, G.-Nr. 77.785, wurde wegen Beitragsrückstand ausgeschlossen. Da dasselbe von Widau abgerufen ist, konnte ihm der Ausschluß nicht zuge-stellt werden.

Diejenigen Ortsvereinigungen, welche auch jetzt noch nicht das auf das neue Statut bezügliche Zirkular erhalten haben, ersuchen wir, dasselbe zu reklamiren.

Hamburg, 5. Juni 1902.

Mit Gruß

Der Vorstand.

Litteratur.

Ein neues Schriften-Verzeichniß hat soeben die Buch-handlung Vorwärts herausgegeben und versendet es auf Verlangen gratis und franko. Das Verzeichniß ist nicht allein ein Geschäftskatalog, in dem nur die neuesten Er-zugnisse des Buchermarktes zu finden sind, sondern es bietet neben den eigenen Parteischriften, Nationalökono-mie usw. eine Auswahl der besten Werke der Litteratur. Der 96 Seiten starke Katalog hat gegen den früheren eine bedeutende Erweiterung erfahren; namentlich bieten die im Preise heruntergesetzten Bücher (siehe Gelegenheitskauf) Vereinen Gelegenheit, die Läden in ihrer Bibliotheken aus-zufüllen.

Das Sozialdemokratische Reichstags-Handbuch, heraus-gegeben von Max Schippel, ist nunmehr bis zur Schluß-lieferung erschienen. Wir halten das Buch für ein unent-behrliches, lehrreiches Nachschlagewerk, das wir, namentlich im Hinblick auf die kommenden Reichstagswahlen, unseren Lesern zum Studium empfehlen. Auch jetzt noch kann, um jedem Arbeiter die Anschaffung zu ermöglichen, das Werk in Heften à 20 Pf. bezogen werden. Probehefte versendet der Verlag gratis und franko.

Soeben ist der 11. Jahrgang der Illustrirten Romanbibliothek „Im Freien Stunden“ bei der Buchhandlung Vorwärts erschienen. Die staltliche Reihe der bisher erschienenen Bände liefern den Beweis, daß das Unterneh-men sich mehr und mehr in Arbeiterkreisen beliebt macht und so dazu beiträgt, die Schuldlitteratur zu verdrängen. Der vorliegende Band bringt den Roman „Der Wastarb“ von G. Spindler, einem der gewandtesten und lebendigsten Erzähler Deutschlands. In ihm schildert der Verfasser die finstere Zeit des Mittelalters, voll traffen Uberglaubens, blinder Gegerhütet und romantischer Abenteuerlust, mit ihrer völligen Rechtlosigkeit der Bürger und Bauern, dem brutalen Willkür-Regiment all der kleinen Fürsten und Junker, mit dem schwachen Kaiser Rudolph an der Spitze, der heute ein Spielball herrschlüch-tiger Pfaffen, morgen das Opfer heftelustiger Abenteuerer ist. Im Vordergrund steht ein in freier Liebe erzeugter Sohn eines Almer Kathsherrn, dessen wechselreiche Schick-sale in lebendigen Farben dargestellt sind. Daneben findet aber auch der moderne Roman seinen Platz. Von M. Gorki und B. Loti enthält der Band zwei Romane. „Im Banne der Dämonen“ schildert Gorki, der schnell bekannt gewordene russische Dichter, das Schicksal einer rus-sischen Arbeiterfamilie, während „Ein Seemann“ von Loti eine frimungsvolle, lebenswarme Darstellung seemänni-schen Lebens und Leidens bietet. — Wir können unseren Lesern die „Freien Stunden“ zur Anschaffung em-pfehlen, die am 1. Juli ein neues Monnoment eröffnen mit dem prächtig illustrierten historischen Roman von Dumas: „Die drei Musketiere“.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Dick' Verlag) ist soeben das 40. Heft des 20. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Bureaokratie und Presse. — Arbeiterklasse, Sozialdemokratie und Sozialreformer. Von Joh. Timm. — Amerikanische Expansionspolitik in Ostasien. Von Heinrich Cunow. (Schluß.) — Die Gemeinderathswahlen in Esch-Bohringen. Von Paul Lensch. — Splinter. — Ritterliche Mundschau: Studien aus der Florentiner Wirtschafts-geschichte. Von M. Zetterbaum. Dr. Stoil. Staneff. Das Gewerbewesen und die Gewerbestatistik Bulgariens. — Feuilleton: Aus dem Gebiet der Natur. Von Curt Grottelwisch.

Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolportage zum Preise von 3.25 Mk. pro Quartal zu beziehen. In der Zeitungsverzeichnisliste der Postanstalten ist die „Neue Zeit“ unter Nr. 5389 eingetragen, jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abonniert werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pfennige.

Probenummern stehen jederzeit zur Verfügung.

Von der Gütte, Zeitschrift für das Volk und seine Jugend (Dresden, Verlag G. Wallfisch) ist sechsen das siebente Heft erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Eine Himmelfahrt. Novelle von Ferdinand Heilmüller. — Der Affenmenschen von Jaba. Von Wilhelm Bölsche. — Die Albigenser. Freie Dichtungen von Wik. Lennau. — Aus der Geschichte der Hölischeitsformen. Von ***. — Sprüche. Von Goethe. — Der Sieg des Schwaaben. Erzählung von Melchior Wehr. (Fortsetzung.) — Der Boden, auf dem Du stehst. Von Curt Grottel. — Zweidein. Märchen von Karl Ewald. (Fortsetzung.) — Bücher. — Notizen. — Kunstbeilage: Freude. Nach einer Steingrube von Georg Rührig.

Briefkasten.

München. Bezüglich Ihres Versammlungsberichtes wollen wir hier konstatieren, daß in einer Münchener Formerverammlung eine Resolution angenommen wurde, die sich mit Ihnen, in Nr. 27 gemachten Ausführungen deckt.

E. W. Weiteres ist uns bis jetzt nicht bekannt geworden.

An alle Ortsverwaltungen des D. M.-V.

richten wir die dringende Bitte, doch möglichst nur solche Adressen oder Herbergen für den Zeitungsverkauf angeben zu wollen, welche nicht so vielen Venderungen unterworfen sind, als wie dies in letzter Zeit der Fall war. Bei der stets größer werdenden Auflage würden sich die Adressen den Zeitungsverkauf wesentlich erleichtern. Ferner ersuchen wir, alle Venderungen so zeitig abzusenden, daß wir sie noch am Dienstag Vormittag erhalten.

Die Exped. der „D. Met.-Arb.-Ztg.“

Verbands-Anzeigen.

Mitglieder-Versammlungen.

In jeder Versammlung finden Aufnahmen statt und werden Beiträge entgegen genommen.

Altenburg. Sonnabend, 12. Juli, Abends halb 9 Uhr, im „Eiboll“ Abrechnung vom 2. Quartal. Unser Unterführungsweisen.

Alfeld a. S. Samstag, den 19. Juli, Abends 9 Uhr, bei Herrmann.

Baden-Baden. Samstag, den 19. Juli, Abends halb 9 Uhr, im Bratmurtal, Steinstraße.

Barmen. Samstag, den 19. Juli, Abends punkt halb 9 Uhr, bei Thiel, Parlamentstraße 5, Barmen.

Barmen-Elberfeld. (Miemengangsloshereien.) Samstag, den 26. Juli, Abends halb 9 Uhr, bei Thiel, Barmen, Parlamentstraße 5.

Berlin. Sonnabend, den 12. Juli, Abends halb 9 Uhr, Abendsprache der Spandauer Kollegen bei Duchsch, Riechersdorferstr. 5. — Sonntag, den 13. Juli, Vormittags 10 Uhr, Gas- u. Wasser- und Heizungsröhrlager im Gewerkschaftshaus, Engländer 15. — Montag, den 14. Juli, Abends halb 9 Uhr, für Kummelsburg, Ritzschmidtstr. 37. — Dienstag, 15. Juli, Abends halb 9 Uhr, Drahtarbeiter im Gewerkschaftshaus, Saal VIII. — Sonntag, 20. Juli, Vorm. 10 Uhr, Feilenarbeiter bei Sachse, Hindowerstr. 38.

Berlin. Konferenzen der Vertrauensleute Sonnabend, 12. Juli, für den Norden bei Diele, Uckerstr. 123. — Mittwoch, den 16. Juli, Abends halb 9 Uhr, für den Süden, Gewerkschaftshaus, Saal I. — Montag, 21. Juli, Abends 8 Uhr, Combinirte Vertrauensmänner-Konferenz im Gewerkschaftshaus, großer Saal. Stellungnahme zu den notwendigen Ergänzungswahlen.

Breunburg. Sonnabend, den 19. Juli, Abends 8 Uhr, Steinstraße 2-4.

Sielsfeld. (Schleifer.) Freitag, den 18. Juli, Abends 7 Uhr, in der „Centralhalle“.

Sielsfeld. (Klempner.) Samstag, den 19. Juli, Abends 7 Uhr, bei A. Jandies, Bürgerweg 14.

Sonn. Samstag, den 12. Juli, Abends 9 Uhr, bei Fajbender, Rajernstraße.

Frankfurt (Allg.) Sonnabend, den 12. Juli, Abends halb 9 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Weber 22.

Krefen. Sonnabend, den 19. Juli, Abends halb 9 Uhr, im Vereinshaus, Gantenstraße 21/22.

Kunzlas. Sonnabend, den 19. Juli, Abends 8 Uhr, im Gasthaus zu den drei Kronen.

Krimmische. Sonnabend, den 19. Juli, Abends halb 9 Uhr, in Myneris Restaurant, Johannisgasse.

Kunzlas. Jeden letzten Sonnabend im Monat im Hotel Stadt Hamburg, Deichstr. 36.

Kunzlas. Samstag, 19. Juli, Abends punkt 9 Uhr, in der Restauration Fißler, Viehwagenstr. 18.

Kunzlas. (Klempner.) Samstag, den 19. Juli, Abends halb 9 Uhr, bei Mühlhausen, I. Kampstr. 73.

Kunzlas. (Allgem.) Samstag, den 19. Juli, Abends halb 9 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Bergerstr. 8.

Kunzlas. Samstag, den 19. Juli, Abends halb 9 Uhr, im Alten Feig.

Kunzlas. (Former.) Sonnabend, den 19. Juli, Abends halb 9 Uhr, im Gewerkschaftshaus.

Kunzlas. Samstag, 19. Juli, Abends 8 Uhr, bei Hartmann in Altendorf, Alte Julica- und Bruchstraße.

Kunzlas. Samstag, den 12. Juli, Abends halb 9 Uhr, bei Wangen, Hellschlaggasse 33. Erhebung eines Extrabeitrages. Abrechnung vom 2. Quartal. Bericht der Kommission. — Die Einleitungsstelle ist wieder zu besetzen. Bewerber wollen sich beim Bevollmächtigten melden.

Kunzlas. Samstag, 19. Juli, Abends halb 9 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Stolzstr. 13/15. — Für den Bezirk Oberad: Montag, den 21. Juli, Abends halb 9 Uhr, im „Lanans“, Offenbacherlandstraße 246.

Kunzlas. Samstag, den 12. Juli, Abends halb 9 Uhr, im „Lanans“.

Schweizer. Samstag, den 12. Juli, Abends 8 Uhr, bei Wed, Lachgasse.

Schweizer. Sonnabend, den 12. Juli, bei Becker, Waldstraße, Kasttag.

Schweizer. Samstag, den 19. Juli, Abends punkt halb 9 Uhr, bei R. Halenberg.

Schweizer. Sonntag, den 20. Juli, kombinirte Versammlung in Meerane. Umarmung punkt 2 Uhr vom Weißen Hof.

Schweizer. Samstag, den 19. Juni, Abends 8 Uhr, in Weibners Restaurant, Schulstraße.

Schweizer. Jeden zweiten Sonnabend im Monat in der Erholung, Dammweg.

Schweizer. Samstag, 12. Juli, Abends 8 Uhr, im Lokal „Dreilbzig“.

Schweizer. Sonnabend, den 19. Juli, Abends 9 Uhr, im „Scharfen Eck“.

Schweizer. Am 12. Juli im Verkehrslokal Richter, Bahnhofstraße. Wichtige Angelegenheiten.

Schweizer. Jeden dritten Dienstag im Monat, Abends 8 Uhr, in der Zentralkaserne, Grottkerstraße Nr. 731.

Schweizer. Sonnabend, den 19. Juli, Abends 8 Uhr, bei Wag Dollmann, Valenstraße 68.

Schweizer. (Sektion der Schmiede.) Sonnabend, den 19. Juli, Abends halb 9 Uhr, bei Chr. Fiere, Rademacherstr. 1.

Schweizer. Sonnabend, den 19. Juli, Abends halb 9 Uhr, bei E. Büffenhop, I. Bergstr. 7.

Schweizer. Samstag, 19. Juli, Abends halb 9 Uhr, in der „Rose“.

Schweizer. Jeden Sonntag von 10—12 Uhr bei Restaurateur Droschmann, Mühlstraße 9.

Schweizer. Sonnabend, den 19. Juli, Abends halb 9 Uhr, im Lokale Buchsch, Schiefergasse 33. — Jeden Sonnabend Bahlabend bei Witekol, Schäfergasse 32.

Schweizer. Samstag, den 19. Juli, Abends 8 Uhr, im Frühlingsgarten.

Schweizer. Sonnabend, den 19. Juli, im Gasthof zum Preußischen Hof.

Schweizer. Samstag, den 19. Juli, Abends halb 9 Uhr, in der Wiltelbacher Hof, Ede Jäger- und Magstr.

Schweizer. Montag, den 21. Juli, Abends 8 Uhr, bei Schill, Schmiedstraße 3.

Schweizer. Sonnabend, den 19. Juli, Abends halb 9 Uhr, Bahlabend im Restaurant „Schmeizergarten“.

Schweizer. Samstag, den 19. Juli, Abends halb 9 Uhr, bei Carl Scholl, Froschenteich.

Schweizer. Samstag, den 19. Juli, Abends halb 9 Uhr, bei Rothemann, Pfaffenstraße.

Schweizer. Bauschloffer: Samstag, den 12. Juli, Abends halb 9 Uhr, im Kleinen „Kaffee“, K. 4. 7. — Spengler und Installateure: Sonntag, den 13. Juli, Vormittags 10 Uhr, im Eichbaum, P. 5. 9. — Former und Gießereiarbeiter: Sonntag, den 13. Juli, Vorm. 10 Uhr, im Gewerkschaftshaus H. 1. 4.

Schweizer. Samstag, den 19. Juli, Vormittags 10 Uhr, in der „Fünfundzwanzig“.

Schweizer. Jeden letzten Donnerstag im Monat in Först's Gasthof, Wellingdorf.

Schweizer. (Klempner u. Installateure.) Samstag, den 26. Juli, im Goldenen Körber.

Schweizer. (Kunst- und Bauschloffer.) Samstag, den 19. Juli, im goldenen Körber, Dörschmannsplatz.

Schweizer. Sonnabend, den 19. Juli, Abends halb 9 Uhr, bei E. Wehrkamp, Kurzeisenstraße.

Schweizer. Jeden Sonntag nach dem 1. und 15. im Monat im Reichsadler, Zwingerstraße.

Schweizer. Samstag, den 12. Juni, Abends 8 Uhr, im Deutschen Haus.

Schweizer. Versammlung Montags nach dem 15. jeden Monats im Hotel B. Carl. — Lokalfesttag ist aufgehoben.

Schweizer. Jeden ersten Sonntag im Monat in Mch. Glöckel, bei Langensfeldt, Mühlentstr., Vormittags 11 Uhr.

Jeden dritten Sonntag im Monat in Rhegdt bei Paland, Friedensstraße, Vormittags 11 Uhr.

Schweizer. Mittwoch, den 16. Juli, Abends halb 9 Uhr, in der „Barnothalle“.

Schweizer. Sonnabend, den 19. Juli, bei Schreiber, Feldstraße.

Schweizer. Sonntag, den 20. Juli, Vormittags 10 Uhr, bei Jgelhart.

Schweizer. Samstag, den 12. Juli, Abends 8 Uhr, im Lokal zur „Rame“.

Schweizer. Sonntag, 13. Juli, Nachmittags 2 Uhr, bei Frau Carl Bingham. Bericht vom Gewerkschaftstongreß. Ref. Koll. Dörmann-Barmen. Abrechnung vom 2. Quartal. Bericht vom Strel.

Schweizer. Samstag, den 12. Juli, Abends 8 Uhr, in der „Germannia“. Vortrag des Koll. A. Guder: „Das Privat-eigentum und Gütergemeinschaft“.

Schweizer. Sonntag, den 20. Juli, Vormittags 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus (Stellmacher). Hauptversammlung.

Schweizer. A. Jung. (4. Bezirk.) Dienstag, den 15. Juli, Abends 8 Uhr, im Bredowier Schützenhaus.

Schweizer. Sonnabend, den 19. Juli, Abends halb 9 Uhr, im Arbeiter-Kaffee, Semloterstr. 19.

Schweizer. Samstag, den 19. Juli, Abends halb 9 Uhr, bei Vogel, Weichhurnstraße 1.

Schweizer. Samstag, den 19. Juli, im Gewerkschaftshaus zum Gold. Bären, Eslingerstr. 17/19.

Schweizer. Sonntag, 19. Juli, in der Domburg-Ansicht.

Schweizer. Samstag, 19. Juli, Abends halb 9 Uhr, im Lokale des Herrn Fein. Otting, Poststr. 53.

Schweizer. Sonnabend, den 19. Juli, Abends 8 Uhr, im Lokal des Herrn Seidel.

Schweizer. Jeden 3. Samstag im Monat, Abends 8 Uhr, bei Walter Reinhardt.

Schweizer. Jeden zweiten Sonnabend im Monat bei Fißler, Karlplatz 7.

Schweizer. Samstag, den 19. Juli, Abends halb 9 Uhr, im Biergarten.

Schweizer. Samstag, den 19. Juli, Abends halb 9 Uhr, im Gasthaus zum Rindschal, Defenstr. 48.

Berlin. Die Bibliothek ist vom 15. Juli an bis auf Weiteres geschlossen.

Bremervahren. Die Herberge befindet sich bei Friede, Geestmünde, Geeststraße. Restgeldeauszahlung bei F. Richter, Bremerhaven, Grabenstraße 81, zu jeder Tageszeit.

Cheernik. Ausflug nach Hartmannsdorf. Abfahrt Mittag 1 Uhr 45 Min. vom Hauptbahnhof mittelst Sonderzuges. Fahrkarten à 55 Pfg. sind bei den Kolporteurs, sowie im Verbandsbureau zu haben, desgl. Konzerkarten à 20 Pfg. pro Person. Nach dem Konzert findet Ball statt u. ist der Preis für das Tanzbändchen auf 30 Pfg. festgesetzt. Damen sind zum Ball frei zugelassen. Alles Nähere ist von den Zeitungskolporteurs zu erfahren.

Erfurt. Der Former Alfred Fischer aus Neusülzchen soll seine Adresse an H. Fischer, Erfurt, Krämpferstr. 38, gelangen lassen.

Mannheim. Sonntag, den 20. Juli, Ausflug nach Weinheim und Umgebung.

Mannheim. Der Schleifer Mag. Flesche aus Gbbscheid bei Solingen wird ersucht, seine Adresse betr. wichtiger Angelegenheiten an Unterzeichneten gelangen zu lassen. Kollegen oder Verwaltungsbeamten, denen der Aufenthalt bekannt sein sollte, werden ebenfalls gebeten, es nach hier mitteilen zu wollen.

Chr. Schneider, Mannheim, Q. 8. 10/11 part.

Mariental. Sonntag, den 20. Juli, Ausflug zum Bärenwirthshaus.

Reutlingen. Unser Verkehrslokal befindet sich in der Restaur. Lind, Rathhausstr., woselbst auch Reiseunterstützung von 7—8 Uhr Abends ausbezahlt wird.

Wieslau. Die Kollegen werden ersucht, den Beitrags-sammelern ihre Mitgliedsbücher behufs einer Revision mitzugeben, andernfalls dieselben in die am 13. Juli statt-findende Mitgliederversammlung mitzubringen sind, da eine Revision unbedingt nothwendig ist.

Oeffentliche Versammlungen.

Hortmund. Klempner. Mittwoch, den 16. Juli, Abends halb 9 Uhr, bei Dreuer, Westwall 18 (Zentralhof.) Referent: Arbeitersekretär W. König.

Gestorbene.

In Bremerhaven der Maschinenlosler Otto Wiede, 28 Jahre alt, Kehlpoffschwindfucht. — In Landshut Josef Schnaitter, 25 Jahre alt, Kehlpoffschwindfucht.

Privat-Anzeigen.

Inserate werden nur gegen Vorauszahlung angenommen. Der Preis für die dreispaltige Petitzeile beträgt 50 J.

Für Feilenhauer!

Eine seit 20 Jahren mit bestem Erfolge betriebene Feilenhauerei in einer Stadt des bairischen Oberlandes ist wegen Krankheit des Besitzers sofort preiswerth zu verkaufen, mit oder ohne Wohnhaus. Alles Nähere durch Offerte (mit 10 Pfg.-Marke) unter „J. Sch. 100“ an die Metall-Arbeiter-Zeitung“.

Ein in der Herstellung von Rippenrohren durchaus bewanderter

Former

wird als Vorarbeiter für die Rippenrohrgießerei eines größeren Werkes unter günstigen Bedingungen gesucht. — Anerbietungen unter Nr. 69 an die Geschäftsst. d. Ztg. erb.

Formerwerkzeuge

aus Stahl, Messing, Bronze und Holz liefert sauber u. billigst Max Pfüller, Formerwerkzeugfabrik Böhlen-Regnitz. Musterbuch und Preisliste gratis und franco.

Gekochtes
Anstrichöl
billiger Ersatz für Leinöl.
Künstliches
Terpentinöl,
billiger Ersatz für Terpentinöl
Geruchlos
Carbolineum,
keine Belästigung durch Geruch.
Zeller & Smelin
Cellulosefabrik und Benzolfabrik
Eisingen (Württ.)

Anfragen
erbeten.

Schorm's Reisehandbuch
für wandernde Arbeiter.
(Tourneb. f. Radl.) Ueber 2000 Reisetouren.
1 Eisenb.- u. 2 Strassenarten. Geb. à 1.50.
4. veränd. Auflage. 850.000. Ziffern v. 1900.
Durch J. Schorm, Nürnberg, Finkenstr., u. alle Buchh.

Johann Burgschmiet, Installateur aus Nürnberg, zuletzt auf Mügen, soll Nachricht an seine Eltern gelangen lassen. W. Burgschmiet, hintere Lebergasse 33.

Druck und Verlag der Fränkischen Verlagsanstalt und Buchdruckerei (G. m. b. H.) in Nürnberg.